

souverän



Flüchtlings- politik:

Das System steht
vor dem Kollaps



Ein Biomassekraftwerk in Südafrika +++ Verwandelt Rinderdung in Energie +++ Und deckt so 30 Prozent des Strombedarfs unserer Fabrik in Rosslyn +++ Die BMW Group +++ Wegweisend bei erneuerbaren Energien +++ Nachhaltig bei der Produktion von Fahrzeugen

Mehr erfahren im Film unter:

[BMWGROUP.COM/WHATSNEXT](https://www.bmwgroup.com/whatsnext)

WARUM WIR FABRIKEN MIT BIOMASSE BETREIBEN? UM KEINE SPUREN ZU HINTERLASSEN.

PRODUKTION NUR MIT ERNEUERBARER ENERGIE.
FÜR UNS DER NÄCHSTE SCHRITT.

**BMW
GROUP**



Rolls-Royce
Motor Cars Limited

Sein Tod hat uns fassungslos und betroffen gemacht und uns alle, ob Jung oder Alt, daran erinnert, einmal innezuhalten und darüber nachzudenken, was wirklich im Leben zählt und wie trotz alledem immer wieder Oberflächlichkeiten unseres täglichen Handelns verbindliche Wertvorstellungen in unserer Lebenswirklichkeit an den Rand der Null-Linie drängen. Wer am Grab eines jungen Menschen steht, der in der Fülle seiner Jugend bereits seine Augen für immer schloss und seine junge Frau mit zwei kleinen Kindern allein zurücklassen musste, der findet nur sehr, sehr schwer eine Antwort auf das, was geschehen ist.



üblich war es bisher, dass ich mich an dieser Stelle in meinem Editorial stets zu politischen Fragen geäußert habe. Allein ein trauriger Umstand veranlasst mich, diesmal eine Ausnahme zu machen und des verstorbenen ehemaligen Vorsitzenden der Jungen Union, Philipp Mißfelder, zu gedenken, der so jung mit 35 Jahren plötzlich verstorben ist.

Sein Tod hat uns fassungslos und betroffen gemacht und uns alle, ob Jung oder Alt, daran erinnert, einmal innezuhalten und darüber nachzudenken, was wirklich im Leben zählt und wie trotz alledem immer wieder Oberflächlichkeiten unseres täglichen Handelns verbindliche Wertvorstellungen in unserer Lebenswirklichkeit an den Rand der Null-Linie drängen. Wer am Grab eines jungen Menschen steht, der in der Fülle seiner Jugend bereits seine Augen für immer schloss und seine junge Frau mit zwei kleinen Kindern allein zurücklassen musste, der findet nur sehr, sehr schwer eine Antwort auf das, was geschehen ist.

All die Jahre in seiner Zeit als Vorsitzender der Jungen Union habe ich Philipp Mißfelder als Vorsitzender der Senioren-Union begleitet. Gemeinsam haben wir in weit mehr als 200 Veranstaltungen für die Ziele der CDU geworben und sie als „Union der Generationen“ beschworen, mehr noch, uns bemüht, sie als die „Partei der Generationen“ vorzuleben.

Philipp Mißfelder war ein großer Freund der Senioren-Union. Mit ihm habe ich mich prächtig verstanden. Ohne ein Wort darüber zu verlieren, waren wir uns bewusst, dass unsere Freundschaft auch deshalb ein festes Fundament hatte, weil wir keinen kumpelhaften Umgang miteinander pflegten und rohe Worte in unseren Gesprächen keinen Platz hatten. Wir übten jene natürliche Distanz, die unser Altersunterschied nun einmal mit sich brachte, aber nichts, rein gar nichts, mit Autoritätsduselei zu tun hatte. Einig waren wir uns, dass jugendlicher Enthusiasmus und der reifere Erfahrungsschatz der Älteren jene feste Gemeinschaft bieten, die Lebensfreude im Verein mit Sicherheit erst möglich macht, und zwar für beide Generationen gleichermaßen. Eine ist von der anderen abhängig, das gilt für alle Fälle, seien sie materiell oder immateriell.

Mit Philipp Mißfelder zusammen konnte man fröhlich sein und herzlich lachen. Er war eine Erzählatur, ein Optimist, jeder Trübsal abholt, und der jedem Defätisten die Laune verdarb. Seine bereits in jungen Jahren bekleideten Ämter und Positionen hat er niemals wie ein Banner für alle sichtbar vor sich hergetragen. Mehr sein als scheinen gehörte zu einer seiner wohlthuenden Eigenschaften. Seine politische Grundüberzeugung hat er nicht alle Nase lang geändert, nur weil der Zeitgeist, eine neue Parteistrategie oder der Geschmack der Medien es forderten. Zu Recht eroberte er so viele Herzen der Freundinnen und Freunde in der Senioren-Union mit seiner Zuversicht und seinem ärmelaufkrepelnden Engagement.

Mit Philipp Mißfelder habe ich nach mit viel Freude gemeinsam durchgestandenen Wahlkampfveranstaltungen zahlreiche abendliche Gespräche geführt in allen möglichen Gaststätten und Hotels quer durch die Republik und dabei seine zutiefst konservative Haltung erfahren. Natürlich wussten wir beide: Was gestern noch als konservativ galt, war heute schon wieder überholt. Sein Denken und

Fühlen hatte dagegen mit konservativen Werten wie Offenheit, Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit zu tun, die eben kein Verfallsdatum haben. In dieser Überzeugung hatte er die Senioren-Union stets auf seiner Seite, die aus eigener Erfahrung erlebt hatte, wie entscheidende Werte wie Leistungsbereitschaft und Fleiß einstmals als Merkmale von Spießern verschrien waren und die heute wieder attraktiv geworden sind. Und Philipp Mißfelder war konservativ, insofern als er seine Familie als Herzenssache und Heimstatt betrachtete und einen gesunden und selbstbewussten Patriotismus vertrat, wie er bei unseren Nachbarn in Frankreich und Polen, bei den Briten und Amerikanern und in allen anderen Ländern der Welt selbstverständlich ist. Zwischen uns beiden, wie unter vielen Mitgliedern der Senioren-Union und Jungen Union ähnlich, gab es nächtelange Diskussionen, die mit Politik wenig zu tun hatten und die für uns schließlich in der Erkenntnis endeten, dass niemand die Welt begreift, der alles erklären kann. Allein der Dialog zwischen den Generationen, darin waren wir uns einig, ist nicht möglich ohne den Dialog zwischen ganz konkreten Personen, die ihn führen. Und beide Seiten müssen ihre Positionen vertreten, hart und fair, ohne etwas zu verkleistern und sich zu verstellen. Doch das Talent zum Kompromiss müssen sie am Ende doch beweisen, soll die Demokratie Bestand haben. Philipp Mißfelder war in diesem Dialog ein ebenso sympathischer wie überzeugender Wegweiser. Ganz gewiss ist es in seinem Sinne, bei allem Bewusstsein der Gegensätze zwischen Jung und Alt, nicht die aus christlichem Optimismus erwachsenen Verpflichtungen aller zu vergessen, die auch Nichtchristen gelten, den nahen und den fernen. Als altem Mann wird mir der junge, talentierte, politisch hochbegabte Sympathieträger nun fehlen, sehr sogar, der Senioren-Union nicht minder. Sein Tod bedeutet für mich auch eine schmerzliche Trennung. Niemals habe ich vergessen, dass er es war, der auf dem Bundesparteitag der CDU 2010 in Karlsruhe als Vorsitzender der Jungen Union meine Kandidatur als Vorsitzender der Senioren-Union für den Vorstand der Mutterpartei begründete und unterstützte, weil ich infolge sehr widriger Lebensumstände daran gehindert war, mich persönlich vorstellen zu können. So etwas bindet und wirkt nach, erheblich sogar, zumal wenn der Jüngere vor dem Älteren gehen musste. Philipp Mißfelder lebt nun in der Welt, an die er geglaubt und die er bereits zu Lebzeiten in seine Verantwortung einbezogen hat. Für seine Frau und seine Kinder erbitten wir Trost und Beistand. Die Senioren-Union dankt Philipp Mißfelder für seine überaus erfolgreiche Zusammenarbeit. Diesem Dank schließe ich mich an für eine mit ihm verbrachte schöne und reiche Zeit voller heiterer und ungetrübter Begegnungen.

Vergelt's Gott, lieber, junger Freund!

Dr. Otto Wulff

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands

AKTUELL

Die Flüchtlingskrise ist derzeit das alles beherrschende Thema und gewinnt zunehmend an Dynamik. Die Koalition hat deshalb in den vergangenen Tagen weitreichende Maßnahmen zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms beschlossen. Diese aktuelle Entwicklung konnte in der vorliegenden Souverän-Ausgabe aufgrund der Drucktermine redaktionell nicht mehr berücksichtigt werden.

Wir werden die Entwicklung weiter verfolgen ...

8



Impressum

Herausgeber
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 30 · 52153 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt

Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:

70000 Exemplare über personalisierten Posteinzelvertrieb an Senioren-Union-Mitglieder und an CDU-Funktions- und Mandatsträger

Leserzuschriften an:

Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:

Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:

Chefredakteur: Andreas Oberholz
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Mario Czaja, Dr. Jan Heinisch,
Erwin Rüdell, Wilfried Scharnagl,
Carl-Ludwig Thiele, Kai Wegner,
Ulrich Winz, Prof. Dr. Otto Wulff

Bildnachweis:

Manjit Jari/Bundesbank, Uni
Bremen, VZBV, Wikipedia, fotolia

Titelfoto: fotolia

6 Alles schon mal dagewesen ...?

Ein Rückblick zum Finanzdrama um Griechenland in das Jahr 1897

7 Das Vorsorgeprinzip wird weiter gelten

Dr. Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, zu den Verhandlungen um das Freihandelsabkommen TTIP

8 Die große Herausforderung der kommenden Jahre

Guido Wolf MdL, CDU-Fraktionsvorsitzender im Stuttgarter Landtag und Spitzenkandidat der CDU zur Landtagswahl 2016, zur aktuellen Situation der ungebremsten Zuwanderung

10 Der Zusammenbruch des Systems naht

Plädoyer für eine offene und menschliche, aber ebenso konsequente Flüchtlingspolitik von Dr. Jan Heinisch, dem Bürgermeister und stv. Vorsitzenden der CDU NRW

12 Eher dürftige Vorbereitung

PD Dr. Stefan Luft von der Uni Bremen zum aktuellen Flüchtlingsstrom nach Deutschland

13 Politik verharmlost Gefahren des Islam

Ein Interview mit Mina Ahadi, der Vorsitzenden des Zentralrats der Ex-Muslime

14 Schengen nicht kaputt machen lassen

Mehr innere Sicherheit durch Wiedereinführung von Grenzkontrollen? Souverän im Gespräch mit Jörg Radek, dem stv. Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft

15 Geld ist geprägte Freiheit

Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale-Bundesverbands, zur aktuellen Diskussion um die Abschaffung des Bargeldes

16 Schutz vor Überwachung und Kontrolle

Bundesbank-Vorstand Carl-Ludwig Thiele bezieht eindeutige Stellung: Das Bargeld muss erhalten bleiben!

20 Schnitt ins eigene Fleisch?

Taugen die Wirtschaftssanktionen gegen Russland zur Bewältigung der Ukraine-Krise? Interview mit Folker Hellmeyer, dem Chef-Volkswirt der Bremer Landesbank.

22 Plädoyer für einen anderen Umgang

Wilfried Scharnagl, Ex-Chefredakteur des Bayernkuriers, zum derzeitigen Verhältnis zwischen Europa und Russland

24 Die Union hält Wort

Runderneuerung in der Pflegeversicherung – nie zuvor hat die Pflegepolitik so viel Aufmerksamkeit erhalten wie in dieser Legislaturperiode

26 Selbstbestimmt sein und bleiben

Lebenswerte Städte müssen Städte für Menschen jedes Alters sein. Von Kai Wegner, dem Großstadtbeauftragten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

28 80plus im Fokus

Eine Berliner Initiative, vorgestellt von Mario Czaja, dem Gesundheitsminister in der Bundeshauptstadt

29 Sicherheit geht über alles

Bericht von der 6. Sommerakademie der Europäischen Senioren Union in Wien

38 In der Schiefelage

Wolfgang Börnsen, stv. SU-Bundesvorsitzender, zum Kulturstandort Deutschland

30 Aus der Senioren-Union

36 Leserbrief

39 Buchtipps

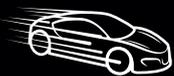


Wie man Fahrspaß erzeugt? Mit Strom zum Beispiel.

Erleben Sie die Kraft eines Benzinmotors kombiniert mit der Sparsamkeit eines Elektroantriebs. Noch mehr Power gibt es einfach auf Knopfdruck: mit dem GTE-Button.

Der neue Passat GTE.

Think New.



» IAA 2015
17. – 27. September
Frankfurt am Main

Mehr erfahren auf www.volkswagen.de/passatgte



Das Auto.

Kraftstoffverbrauch in l/100 km: kombiniert 1,7–1,6, Stromverbrauch in kWh/100 km: kombiniert 12,8–12,2, CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 39–37. Abb. zeigt optionale Sonderausstattung.

Das Drama um Griechenland:

Alles schon mal da gewesen ...?

Alexis Tsipras und seine Linkspartei Syriza hin, drittes Hilfspaket oder doch irgendwann Grexit her, das Drama um das überschuldete Griechenland wird uns noch einige Zeit in Atem halten.

Die bisher geführten Verhandlungen und geleisteten Hilfspakete haben vor allem eins deutlich gemacht: Es scheint schwer, ja sehr schwer, Hellas und seinen rund elf Millionen Einwohnern so etwas wie Finanzdisziplin aufzudrücken. Eine geordnete Finanzverwaltung, ein funktionierender Behördenapparat generell, eine an Belastbarkeit und Gerechtigkeit orientierte Steuerpolitik ... offenbar über Jahrzehnte hinweg bestenfalls eine politische Vision, mehr nicht. Oder? Ein Blick zurück in den „Schlei-Boten“, eine in Kappeln erscheinende Lokalzeitung aus dem Norden Schleswig-Holsteins, offenbart die Antwort.

Genau gesagt handelt es sich bei den nachfolgenden Auszügen um den Schlei-Boten vom 17. Mai 1897. Vor 118 Jah-



ren verband Deutschland mit Griechenland noch keine Währungsunion, doch war Prinz Wilhelm von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg als Georg I. griechischer König und dessen ältester Sohn seit 1889 mit der preußischen Prinzessin Sophie verheiratet. Klar, dass diese Verbindung damals in Schleswig-Holstein, Preußen und dem Deutschen Reich generell das Interesse an den politischen und wirtschaftlichen Vorgängen in Griechenland weckte.



„Der griechische Staat ist arm, das ist nicht seine Schuld, aber schlimmer als seine Armut ist die schlechte Finanzwirtschaft, die im Land herrscht.

Wie die Ministerien auch zusammengesetzt sein mochten, im Geldpunkt haperte es stets. Millionen und Abermillionen, die zur Verwirklichung von großen, dem ganzen Land nützenden Unternehmungen verwendet werden sollten, sind in ganz andere Taschen geflossen als in die von Ingenieuren und Arbeitern, welche die Arbeiten ausführen sollten; so sind beispielsweise bei dem Bau des berühmten Kanals von Korinth 80 Millionen spurlos verschwunden.

Nach der Abtretung von Thessalien an Griechenland durch die Türkei zum Beginn des vorigen Jahrzehnts bis zur Vermählung des Kronprinzen Konstantin mit der Prinzessin Sophie von Preußen haben die griechischen Finanzminister es verstanden, eine 100-Millionen-Anleihe nach der anderen einzuheimsen; große Bankfirmen im Deutschen Reich, in Frankreich und in England übernahmen bereitwillig die Vermittlung, und alle diese schönen Beträge, die heute schon zu zwei Dritteln entwertet sind, gehen nun vielleicht ganz und gar verloren, wenn kein ernster Machtanspruch erfolgt.

Das Geld ist in Griechenland direkt verwirtschaftet, denn irgendwelche nennenswerte Verwendung im Landesinteresse ist nicht erfolgt. Auch für militärische Zwecke ist nicht viel übrig geblieben. Man hat die geliehenen Summen in der Hauptsache zur Bestreitung der laufenden Staatsausgaben verwendet, die doch von den Steuerzahlern gedeckt werden müssen.

Im modernen Hellas besteht aber der allerliebste Brauch, dass die Anhänger des jeweiligen Ministerpräsidenten und seiner Leute es als ein schönes Vorrecht betrach-

ten, so wenig wie möglich oder, besser noch, gar keine Staatssteuern zu bezahlen. Da Griechenland so ziemlich zwei Ministerien pro Jahr (Anm. der Red.: Gemeint sind zwei Regierungen pro Jahr) hat, kann man sich nun ausrechnen, wie viel eigentlich von den Steuern, die gezahlt werden sollen, wirklich gezahlt werden. Welche zarte Besorgnis die Minister für ihre Wähler hegen, ergibt die Tatsache, dass jedes Ministerium ohne Besinnen für die Kürzung der Zinsen der ausländischen Besitzer griechischer Staatspapiere gestimmt hat; während sie den inländischen Inhabern weiter gezahlt werden.

Griechenland hat damit renommiert, es würde allen seinen Gläubigern gerecht werden, wenn es Kreta behalten dürfte. Das ist eine Redensart; in einem Griechenland, in welchem der Bazillus des Größenwahns wütet, wird erst recht gestohlen. Um der liederlichen Wirtschaft ein Ende zu machen, kann nur eine strenge Finanzkontrolle helfen, denn wenn auch der griechische Staat bettelarm ist, die Griechen sind es weit weniger. Aber auf solche Reformen wird man in Athen schwer, sehr schwer, eingehen, denn nur ein starker Druck könnte da helfen. Und wenn auch Deutschland wollte – ob die zunächst meistbeteiligten Mächte England und Frankreich mitmachen würden, ist recht sehr die Frage.

Jedenfalls muss aber ernstlich die Angelegenheit im Auge behalten werden, sonst ist alles Geld, welches Griechenland erhalten hat, total verloren. Schonung solchem Staat gegenüber üben zu wollen ist freilich Torheit, aber die Langmut mehrerer Großmächte gegenüber Griechenland hat tief, unendlich tiefblicken lassen.“ ■

Anmerkung: Der Schlei-Bote erscheint heute im sh:z Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag.

Das **Vorsorgeprinzip** wird weiter gelten



Die einen sehen große Wachstumschancen beiderseits des Atlantiks, die anderen beschwören Risiken wie den Abbau von Verbraucherschutzrechten. Souverän befragte Dr. Norbert Röttgen (CDU), den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, zu Hintergründen und aktuellem Sachstand der Verhandlungen.

Souverän: Herr Dr. Röttgen, TTIP bewegt nicht nur hierzulande die Gemüter. Bei vielen Menschen ist der Eindruck entstanden, dass hinter den Kulissen Vereinbarungen ausgehandelt werden, die vor allem Konzernen Vorteile bringen. Hätte der Verhandlungsprozess nicht in der Tat von Beginn an etwas transparenter sein dürfen?

Dr. Röttgen: In jedem Fall. Die neue Kommission, die letztes Jahr ins Amt gekommen ist, hat aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und hier einen wirklich

anderen Umgang gewählt. Dokumente sind online, Vertreter diverser gesellschaftlicher Gruppen werden zu Gesprächen eingeladen und informiert, Bürgerdialoge finden statt. Doch auch von Seiten der deutschen Politik darf noch mehr Kommunikations- und Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Dem für uns sicher vorteilhaften Abbau von Zöllen und dem verbesserten Zugang zu US-Märkten steht eine von US-Seite gewünschte Liberalisierung von gesetzlichen Standards im Bereich Lebensmittel – u.a. die oft zitierten „Chlorhähnchen“ – oder im Bereich Chemikalien gegenüber. Wie ist der aktuelle Verhandlungsstand, wird es tatsächlich zu einer Senkung gesetzlicher Standards kommen?

Die Bereiche Lebensmittel und Chemikalien sind in der EU streng geregelt. Die EU-Kommission hat schon deutlich gemacht, dass sich daran auch durch TTIP nichts ändern wird, da auch in Zukunft im Vergleich zu den USA innerhalb der Europäischen Union das Vorsorgeprinzip gelten wird. Ich mache mir daher keine Sorgen, dass unsere gerechtfertigten Standards durch das Abkommen gesenkt werden.

Die heftigste Kritik gibt es wohl an der geplanten Einführung internationaler, nichtstaatlicher Schiedsgerichte. Diese sollen im Rahmen der Vertragsbestimmungen zum Investitionsschutz ohne die Möglichkeit einer unabhängigen gerichtlichen Überprüfung über Schadenersatzansprüche von Unternehmen gegen die zukünftigen Vertragsstaaten entscheiden können. Worauf laufen die Verhandlungen hierbei nun hinaus?

Die Verhandlungen über den Investitionsschutz werden im Herbst wieder aufgegriffen, nachdem die EU-Kommission im Mai eine neue Verhandlungsgrundlage mit sehr guten Vorschlägen veröffentlicht hat. Von EU-Seite werden nun unabhängige Richter und transparente Verfahren gefordert – also ein umfassend modernerer Ansatz als

der, der in bisher abgeschlossenen Investitionsschutzabkommen zu finden ist. Da die US-Seite laut Mandat des Kongresses dazu verpflichtet ist, in alle US-Freihandelsabkommen eine Klausel zum Investitionsschutz einzubringen, denke ich, dass beide Seiten zu einer Einigung kommen werden.

Auch wenn es massive Kritik hagelt: Sind Abkommen wie TTIP im Zuge der Globalisierung nicht unumgänglich, um immer noch vorhandene Handelsschranken abzubauen?

Ja, denn in vielen Bereichen haben wir noch immer hohe Handelsschranken – z.B. auf EU-Seite im Agrarhandel. Bilaterale Abkommen sind dabei aber nur ein erster Schritt, es müssen multilaterale Abkommen im Rahmen der Welthandelsorganisation folgen. Dafür können wir gerade durch TTIP hohe Standards setzen, an denen sich folgende Abkommen orientieren.

Wann wird TTIP trotz aller Aufregung und Widerstände aus heutiger Sicht ausverhandelt, spricht unterschrittsreif sein?

Das lässt sich seriös nicht beantworten. Ich hoffe aber, dass wir bis Ende des Jahres die meisten schwierigen Kapitel der Verhandlungen abgeschlossen haben werden, denn es werden im Herbst mehrere Verhandlungsrunden stattfinden. Ein vielversprechender Schritt wurde durch die Gewährung der Ermächtigung des US-Kongresses an Präsident Obama, Handelsabkommen zu verhandeln, getan. Auch das EU-Parlament hat sich weitestgehend hinter TTIP gestellt. Ich bin daher zuversichtlich, dass das Abkommen 2016 unterschrieben wird. ■

INFO

Das Transatlantische Freihandelsabkommen, offiziell Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (englisch: Transatlantic Trade and Investment Partnership, daher abgekürzt: TTIP), ist ein aktuell verhandeltes Freihandels- und Investitionsschutzabkommen in Form eines völkerrechtlichen Vertrages zwischen der EU und den USA. Die genauen Vertragsbedingungen werden seit Juli 2013 ausgehandelt.

Die große Herausforderung der kommenden Jahre

Baden-Württemberg sieht sich wie andere Bundesländer mit dem Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern konfrontiert. Über die Situation im Südweststaat sprach „Souverän“ mit Guido Wolf, MdL, dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Stuttgarter Landtag und Spitzenkandidaten der CDU zur Landtagswahl 2016.

Souverän: Offizielle Stellen rechnen allein für Baden-Württemberg mit über 100.000 Flüchtlingen bzw. Asylbewerbern. Wie reagiert das Land darauf?

Guido Wolf: Sehr, sehr zögerlich. Angesichts der jetzt schon angespannten Situation und der neuen Zahlen wäre sofortiges

und entschlossenes Handeln das Gebot der Stunde. Aber die grün-rote Landesregierung hat kein Gesamtkonzept und ist auch nicht bereit, unsere Vorschläge oder die Vorschläge der Kommunen aufzugreifen. Wo ich hinkomme und mit wem ich spreche – die hohe Zahl an Asylbewerbern, ihre Versorgung und Unterbringung sind seit Monaten das beherrschende Thema. Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte schreiben Brandbriefe an den Ministerpräsidenten, Freiburgs grüner Oberbürgermeister Dieter Salomon spricht von Politikversagen. Die Landesregierung aber schiebt alle Schuld dem Bund zu und reagiert immer erst dann, wenn wir als CDU ordentlich Druck gemacht haben. Klare Handlungsstrukturen und hilfreiche Entscheidungen sehe ich jedenfalls nicht. Unser Angebot zur konstruktiven Mitarbeit steht dennoch.

Sie haben sich in den vergangenen Monaten unter anderem die Verhältnisse in den Erstaufnahmestellen in Baden-Württemberg angesehen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die aktuellen Bedingungen für Aufnahme, Unterbringung und Integration zu verbessern?

Jetzt rächt sich, dass die Landesregierung das Flüchtlingsproblem viel zu lange nicht ernst genommen hat. Die Landeserstaufnahmestellen sind total überfüllt, die Kinder haben dort nicht einmal genügend Platz, um zu spielen. Zelte für Flüchtlinge an der Autobahn oder ihre Unterbringung in Turnhallen zu Lasten von Schul- und Vereinssport – das ist im Grunde menschenunwürdig und unhaltbar. Wir haben ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Asyl- und Flüchtlingspolitik vorgelegt und schlagen beispielsweise vor, in neuen Landeskompetenzzentren alle Entscheidungs-

instanzen zu bündeln mit dem Ziel, die Asylverfahren zu beschleunigen. Wir würden die räumlichen Kapazitäten in den Landeserstaufnahmestellen erhöhen und eventuell weitere Standorte einrichten. Wir plädieren für Sachleistungen und Kürzung des Taschengelds und dafür, Kommunen finanziell nicht im Regen stehen zu lassen und die ehrenamtlichen Helfer mehr zu unterstützen. Selbstverständlich muss auch die Integration vorangetrieben werden. Ganz wichtig ist hier, die bestehenden Sprachförderungsprogramme von Land und Bund auszuweiten.

Die Grünen untereinander und die SPD in Baden-Württemberg sind sich hinsichtlich der Frage der Ausweitung sicherer Herkunftsländer nicht einig. Die Regierung erweist sich als handlungsschwach. Wo sehen Sie Handlungsbedarf? Wie wollen Sie das Problem lösen?

Wir sind uns mit der Union einig, auch Albanien, Montenegro und das Kosovo zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Wären wir an der Regierung, würden wir



im Bundesrat sofort zustimmen. Der Ministerpräsident dagegen taktiert. Besser wäre, er würde sich bewegen und zustimmen. Sein Stellvertreter Nils Schmid hat sich dafür ausgesprochen, viele Oberbürgermeister, auch Boris Palmer von den Grünen. Es geht um die Sache, nicht um grüne Ideologie – davon sollte sich Winfried Kretschmann leiten lassen.

Wie lässt sich die Dauer von Asylverfahren insgesamt und insbesondere für den Personenkreis mit offensichtlich fehlenden Anerkennungsgründen verkürzen?

Indem wir, wie von uns vorgeschlagen, in Landeskompetenzzentren alle Entscheidungsträger unter einem Dach vereinigen. Zudem müsste sichergestellt werden, dass Personen aus den Westbalkanstaaten, die in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Asyl beantragen, ab sofort nicht mehr den



Stadt- und Landkreisen zugewiesen werden, sondern dort bleiben, bis das verkürzte Asylverfahren rechtskräftig abgeschlossen ist.

Wir verzeichnen in den Städten und Gemeinden vielerorts eine Welle von Hilfsbereitschaft beim Umgang mit Flüchtlingen. Manche sehen aber auch Grenzen der Aufnahmebereitschaft und befürchten die Zunahme von Kriminalität im Umfeld der Unterbringungseinrichtungen. Wie kann man diesen Ängsten begegnen?

Ich bin sehr dankbar, dass es in der Bevölkerung unverändert eine große Welle der Hilfsbereitschaft gibt. Aber ich höre auch die Sorge vieler, die sagen, wir können nicht der Zufluchtsort für alle sein. Es geht jetzt vordringlich darum, den Zustrom von Armutsflüchtlings aus dem Balkan einzudämmen, abgelehnte Asylbewerber schnell und konsequent zurückzuführen

und Bargeld durch Sachleistungen zu ersetzen. Die Bürger wollen, dass gehandelt wird, und sie verlangen zu Recht, dass wir einen Unterschied machen zwischen Bürgerkriegsflüchtlings und den Menschen, die aus Armut kommen und keinerlei Aussicht auf Asyl haben. Wer kommt, weil er um Leib und Leben fürchtet, hat unsere Hilfe und Solidarität verdient. Das sieht die Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit zum Glück auch so.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, um in den Herkunftsländern Ursachen zu mildern oder zu beseitigen, die Anlass zu Flucht oder Asylantrag sind?

Es muss gelingen – und hier ist nicht nur ganz Europa, sondern die Weltpolitik gefordert –, die politische und wirtschaftliche Situation in diesen Ländern zu verbessern. Das ist die ganz große Herausforderung in den nächsten Jahren.

Eine zeitnahe Integration von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt wird teilweise als Möglichkeit zur Verbesserung des Fachkräftemangels gesehen. Stimmen Sie dem zu, und was muss gegebenenfalls in der Gesetzgebung hierzu geändert werden?

Aus meiner Sicht wäre es wichtig, die Vielzahl der Förderprogramme für Asylsuchende, Flüchtlinge und Zuwanderer zusammenzufassen. Zudem gibt es viele Asylbewerber und Flüchtlinge mit Berufsausbildung, Studium oder anderen Qualifikationen. Diese müssten erfasst und zügig anerkannt werden, damit diese Menschen, wenn sie bei uns bleiben können, möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Die Fragen stellte Claus Bernhold, Pressesprecher des Bundesvorstandes und stellv. Landesvorsitzender der Senioren-Union in Baden-Württemberg.

Schulte Haus-Rollator - der Liebling!
Ihr persönlicher Helfer für jeden Tag

Prospekt
0800 200 6004
gebührenfrei

Benutzerfest
GUT
Schulte Holzprodukte
"Industrie-Rollator"
11/2005
Deutsche Gesellschaft für Gesundheit

Made in Germany

Der Schulte Haus-Rollator passt durch jede Tür und ist auf der Stelle drehbar. Er ist aus Holz gefertigt und in verschiedenen Farbtönen erhältlich, dadurch fügt er sich harmonisch in Ihre Wohnung ein. Der Rollator ist von Nutzern mitentwickelt und kann individuell nach Ihren Wünschen ausgestattet werden.

Testen Sie den Schulte Haus-Rollator 14 Tage gratis und unverbindlich in Ihrer Wohnung.

Schulte Holzprodukte GmbH
Langenberger Straße 96
33397 Rietberg - Mastholte

Schulte
Holzprodukte
www.haus-rollator.de

Kein Thema beschäftigt die Öffentlichkeit in Deutschland seit Wochen und Monaten so sehr wie die Asylsituation. Mit einer Entspannung ist vorerst nicht zu rechnen. Deutschland braucht beim Asylrecht dringend eine offene und menschliche, aber ebenso konsequente Politik.

Zu Beginn der 1990er Jahre gab es die gleiche Situation schon einmal: Sporthallen und Schulgebäude waren mit Flüchtlingen belegt, die Wohnheime platzten aus allen Nähten. Damals tobte unweit von Deutschland Krieg auf dem Balkan, der viele Menschen zur Flucht zwang. Später ging die Zahl der Asylsuchenden langsam, aber am Ende doch merklich zurück. Jeder wusste, dass dies nicht so bleiben würde, denn Krieg und Verfolgung sind auf der Welt leider nicht weniger geworden.

Wenn Deutschland also dauerhaft seinem Grundgesetz gerecht werden will, muss allen klar sein, dass die Aufnahme verfolgter Menschen eine Ewigkeitspflicht ist. Dies stellt bislang auch nur eine kleine Minderheit in Frage. Deutschland weiß um seine ethische und gesetzliche Verpflichtung, diesen Menschen zu helfen, sie aufzunehmen, zu versorgen und zu integrieren.

Allerdings braucht man dazu ein funktionsfähiges System. Man muss schnellstmöglich und abschließend klären, ob jemand einen Anspruch auf Asyl hat. Demjenigen muss daraufhin sofort die bestmögliche Unterstützung für seinen weiteren Lebensweg in Deutschland zuteilwerden. Umge-



Migration/Flüchtlingspolitik:

Der Zusammenbruch des Systems naht

kehrt muss man eine ebenso stringente Antwort darauf haben, wie mit denjenigen zu verfahren ist, die diesen Anspruch auf Asyl nicht haben.

Dabei geht es nicht darum, das geltende Asylrecht in Frage zu stellen oder einzuschränken. Es geht nur darum, seine Anwendung und seinen Vollzug sicherzustellen. Dass daneben auch noch außenpolitisch für eine gerechte Verteilung der Verantwortung in der EU gesorgt werden muss, gerät dann fast schon zum Beiwerk. Die Herausforderung ist also klar; die Angelegenheit ist eigentlich nicht einmal sonderlich komplex. Allerdings muss man offen zugeben, dass unser System in Deutschland bislang noch nie richtig funktioniert hat. Die Versäumnisse von Politik und die Mängel staatlicher Verwaltung wurden bislang nur durch die zwischenzeitlich geringe Zahl von Asylsuchenden verdeckt. Damit ist es nun vorbei. Die hohen und immer weiter steigenden Fallzahlen offenbaren den nahenden Zusammenbruch des Systems. In Nordrhein-Westfalen wird daher nicht ohne Grund durch die Kommunen schon vom „Asylnotstand“ gesprochen; denn hier sind die Organisation der Flüchtlingsangelegenheiten und die Frage der Rückführung ganz besonders chaotisch.

Ein landläufiger Satz lautet: „Gute Politik beginnt mit dem Betrachten der Realität.“ Darauf sollte eine nüchterne, vor allem aber auch vollumfängliche Analyse der Situation erfolgen. Beim Thema Asyl darf man beides in Zweifel ziehen. Dazu trägt

sicherlich bei, dass Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen in das Thema eingebunden sind. Die Organisation des Systems ist komplex, sodass weder Bürger noch Medien ohne weiteres durchschauen können, wer für welche Unzulänglichkeiten eigentlich wirklich verantwortlich ist. Nur so viel ist allen klar: Die Letzten in der Kette, die am Ende für alles geradestehen müssen, sind – wie üblich – die Kommunen.

So vor allem auch in Nordrhein-Westfalen: Weil die Landesregierung über Monate, wenn nicht gar Jahre, bewusst verschlafen hat, ausreichende Unterbringungsmöglichkeiten für die ankommenden Flüchtlinge zu schaffen, werden hier nun im Wege der „Amtshilfe“ die Kommunen verpflichtet, spontan innerhalb von nur 24 Stunden (!) bis zu 150 Personen unterzubringen.

Dadurch finden sich die Asylsuchenden in großen Massen auf Pritschen in Sporthallen wieder – was sollte man auch sonst in diesen wenigen Stunden anderes bieten können? Mittlerweile werden sogar Zeltstädte errichtet. Die Situation erinnert an Katastrophengebiete nach Erdbeben oder Überschwemmungen. Am schlimmsten ist dabei, dass keiner weiß, wie es nun weitergehen soll: Keiner äußert landesseits eine Vorstellung davon, wie lange dieser Zustand jeweils andauern wird, wohin die Menschen anschließend weitergebracht werden usw. Für die Kommunen und die Betroffenen ist dies eine unerträgliche Situation.

Außerdem stehen vor den Toren der Sporthallen verständlicherweise unzufriedene



Der Autor: **Dr. Jan Heinisch** ist Jurist und seit dem Jahre 2004 Bürgermeister der Stadt Heiligenhaus (NRW). Er ist Mitglied im Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW sowie Stv. Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen.

Sportvereine und Schulklassen, für die die Gebäude ja eigentlich gebaut worden sind. Bei ihnen drängt sich zunächst der frustrierte, falsche und gefährliche Eindruck auf, dass die Asylsuchenden schuld an der Blockierung ihrer Sporthalle sind – obwohl die Verantwortung doch gänzlich woanders liegt, nämlich hier beim Versagen der Landesregierung.

Wer eine ernst zu nehmende Asylpolitik gestalten möchte, muss bereit sein, auf wirklich alle Fragen eine Antwort zu geben. Meist indes wird ein Thema nur halb beleuchtet und die andere Hälfte kunstvoll verschwiegen. Wer zum Beispiel meint, das Problem der langen Asylverfahren wäre durch mehr Personal beim zuständigen Bundesamt gelöst, der verschweigt, dass jedem Asylsuchenden in einem Rechtsstaat gegen seinen Ablehnungsbescheid der Weg durch alle Instanzen der Gerichte offen steht. Und Letzterer ist in Deutschland besonders lang und mitunter auch träge. Er dauert häufig Jahre.

Wer wie die SPD angesichts der vielen, nicht asylberechtigten Balkanflüchtlinge ein neues Einwanderungsrecht fordert, muss auch den Mut haben auszusprechen, dass dieser Personenkreis also offenbar nicht asylberechtigt ist. Sonst bräuchte es keines alternativen Einwanderungsrechts. Außerdem darf man nicht vergessen, dass man über die Mechanismen des Einwanderungsrechts den betroffenen Ländern immer auch die qualifizierten Menschen zu nehmen droht, die sie dringend selbst bräuchten.

Es ist vielmehr eine humanitäre Pflicht, diese Menschen vor kriminellen Schleuser-

banden in ihrer Heimat zu schützen. Häufig werden sie heute dort in Unkenntnis der wahren Situation in Deutschland mit gefälschten „Arbeitsverträgen“ deutscher Unternehmen angeworben und zahlen den Banden dafür enorme „Provisionen“. Erst in Deutschland stellen sie fest, wie sehr man sie um ihr Geld und ihr Schicksal betrogen hat – eine menschliche Katastrophe.

Schließlich muss man auch in Debatten um ein neues Einwanderungsrecht immer auch die unangenehmste und humanitär schwierigste Frage stringent beantworten: Was passiert mit denjenigen Menschen, deren Asylantrag chancenlos bzw. abgelehnt ist und die mangels Qualifikation auch nach dem Einwanderungsrecht nicht in Deutschland bleiben dürfen?

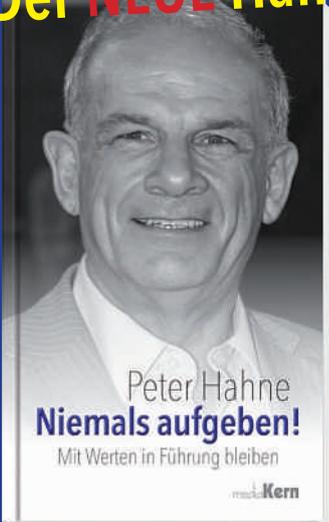
Die Rückführung der abgelehnten Asylsuchenden ist eines, wenn nicht das Kernproblem unseres Asylrechts. Es ist verständlich, dass die Betroffenen mit allen Mitteln versuchen, diese rechtsstaatlich entschiedene Konsequenz zu verhindern. Im Endergebnis muss man in der Verwaltungspraxis feststellen, dass solche Rückführungen faktisch fast nicht durchgesetzt werden können oder die Betroffenen anschließend durch offene Grenzen sofort wieder nach Deutschland einreisen und einen weiteren Asylantrag stellen.

So reklamieren über 90 % eine fehlende Reisefähigkeit, bedingt durch Erkrankungen (häufig psychischer Natur, die durch Sprachbarrieren schwer diagnostizierbar sind) oder Risikoschwangerschaften. Die Herkunftsstaaten verweigern aus verschiedensten Gründen die Übernahme oder

Einreise der rückgeführten Personen. Familienverbände verhindern Einzelmehrückführungen, oder Klageverfahren einzelner Familienangehöriger sind kompliziert ineinander verwoben. Eine zunehmende Zahl von politischen Eingaben, Medienarbeit und Ähnlichem durch Unterstützerinitiativen lähmt die laufenden Verfahren. Identitätsnachweise fehlen, oder Passersatzpapiere können nur unter größtem Aufwand beschafft werden. Bei angekündigten Rückführungsmaßnahmen taucht eine hohe Quote der Betroffenen (vorübergehend) unter, bis die von der Behörde beschafften Passersatzpapiere etc. des Heimatstaates wieder abgelaufen sind.

Wenn der Staat aber bei dieser – humanitär natürlich äußerst schwierigen – Aufgabe derart versagt, darf es nicht verwundern, dass das System ins Wanken gerät. Eine Vielzahl Asylsuchender ist, zumal für ein wohlhabendes Land wie Deutschland, kein Problem, sondern eine zu meisternde Herausforderung. Die statistisch im Verhältnis noch wesentlich geringere Zahl anerkannter Asylsuchender ist es noch weniger. Das Kernproblem ist eine wachsende Zahl von Menschen, die nach Asylrecht keinen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland erwarten dürfen, zugleich aber weder freiwillig noch gezwungenermaßen wieder ausreisen werden. Die eigentliche und große Herausforderung der Politik wird darin liegen, in allernächster Zeit auf diese Frage eine Antwort zu geben – und viele Menschen schnellstens schon in ihrem Heimatland vor den falschen Versprechungen krimineller Schleuserbanden zu bewahren. Auch das ist eine humanitäre Pflicht. ■

Der NEUE Hahne



Seit vielen Wochen

**SPIEGEL
Bestseller**

Auch als eBook erhältlich!

Nr. 5.121.005 · 160 Seiten € 9,95

Top-aktuell, **Klartext** über Gott und die Welt, eine **Streitschrift** gegen Resignation und für eine Gesellschaft mit **christlichen Wurzeln**. So aktuell ist die Bibel: konsequent und kompromisslos, **Kraftquelle** für den praktischen Alltag.

Das heimliche Thema:

Gehört das Christentum noch zu Deutschland?

Kapitel um Kapitel mit heißem **Herzen** geschrieben.

media**Kern** im Kawohl Verlag · 46485 Wesel · Tel 0281 96299-0
www.kawohl.de

Migration/Zuwanderung:

Eher dürftige Vorbereitung

Krisen in aller Welt und/oder düstere Zukunftsaussichten lassen den Flüchtlingsstrom nach Deutschland überbordend, mit allen damit verbundenen Problemen. Gleichzeitig sehen viele Demografie- und Arbeitsmarktexperten eine organisierte Zuwanderung als unabdingbar an. Fragen zu einer schwierigen Gemengelage an den Integrationsforscher PD Dr. Stefan Luft vom Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bremen.

Souverän: Herr Dr. Luft, ob Verfolgte aus Krisenregionen oder Armutsfüchtlige – der Strom schwillt an. Ist Deutschland für die damit verbundenen Herausforderungen gewappnet?

Dr. Luft: Natürlich haben wir als wirtschaftlich starkes Land die Voraussetzung, auch eine relativ große Zahl dieser Menschen aufzunehmen. Allerdings ist die Vorbereitung auf die aktuelle Flüchtlingsbewegung eher dürftig gewesen. Es war viel früher zu erkennen, dass aufgrund der großen Konflikte im Irak, in Syrien, in Afghanistan Flüchtlingsströme entstehen werden, die sich auch auf uns auswirken. Man hätte die Kommunen und Behörden viel eher in die Lage versetzen können, die Voraussetzungen für eine vernünftige Aufnahme und eine rasche Abwicklung der Verfahren zu schaffen.

Im Mai 2015 schon haben 15 Oberbürgermeister und Landräte in Nordrhein-Westfalen von ihrer Landesregierung gefordert, mehr abgelehnte Asylbewerber abzuschubsen. Sind wir ein herzloses Land?

Das war ja ein erster Hilferuf überlasteter Kommunen. Die oft geforderten „fairen

Verfahren“ machen nur Sinn, wenn sie bei negativem Ausgang – also wenn dem Antragsteller das Bleiberecht versagt wird – auch dazu führen, dass Ausreisepflichtige das Land wieder verlassen. Sonst laufen diese Verfahren ins Leere, und die Ämter und Gerichte arbeiten für den Papierkorb. Dann droht ein Akzeptanzverlust in der Öffentlichkeit. Aber einzelne Bundesländer sind aus Gründen politischer Opportunität offenbar nicht mehr bereit, den restriktiven Teil des Ausländerrechts zu vollziehen. Das führt zu verstärkten Wanderungsbewegungen, und die Kapazitäten werden zusätzlich belastet. Dies wiederum geht zu Lasten jener, die hier Schutz vor existenzieller Bedrohung suchen.

Medienberichten zufolge werden Menschen aus Balkanstaaten – etwa aus Albanien – organisiert in Bussen zu uns gebracht, weil sie sich hier eine erträgliche Zukunft erhoffen. Wie soll Deutschland mit solch einem Problem umgehen?

2014 kamen immerhin 25 Prozent aller Flüchtlinge mit dem Ziel Deutschland aus den westlichen Balkanstaaten. Oft aus nachvollziehbaren ökonomischen und sozialen Gründen, zum Beispiel wegen erlebter Diskriminierung als Minderheit. Für die Zeit ihres Aufenthalts – bis ihr Fall geklärt ist – bekommen sie Sozialleistungen. Diese Unterstützung ist ein Vielfaches von dem, wovon sie in ihrem Heimatland leben müssten. Das heißt: Selbst wenn ihr Verfahren aussichtslos ist, ist ihr reiner Aufenthalt hier für sie lohnenswert. Dieses Kalkül des Bleibens sollte nicht aufgehen. Man gäbe den Staaten, aus denen diese Minderheiten kommen, sonst die Gelegenheit, sich der eigenen Probleme auf Kosten Dritter zu entledigen. Diese Staaten erhalten von der EU erhebliche Mittel, um beispielsweise Roma zu integrieren. Diese Mittel müssen dazu beitragen, dass sich die Verhältnisse der Minderheiten dort nachhaltig verbessern. Es kann nicht sinn-



voll sein, diese Minderheiten hier aufzunehmen und die Herkunftsländer aus ihrer Pflicht zu entlassen.

Es heißt oft: Deutschland brauche schon alleine aus wirtschaftlichen Gründen Zuwanderung. Dennoch hat die Politik bis heute kein Einwanderungsgesetz formuliert und verabschiedet. Warum?

Bei der Neuordnung des Ausländerrechts hat sich in den vergangenen zehn Jahren schon sehr viel getan. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat uns attestiert, dass wir hinsichtlich der Zulassung von Arbeitsmigration eine der offensten und liberalsten Regelungen überhaupt geschaffen haben. Viele Juristen sagen, dass ein neues Einwanderungsgesetz nicht nötig ist. Die Forderung ist eher politisch motiviert: Man erhofft sich damit noch mehr Zuwanderung und deren Akzeptanz. Man muss sich zudem die Absichten der einzelnen Akteure genau anschauen. Die Wirtschaft zum Beispiel hat ganz konkrete Interessen, etwa über ein großes Potenzial günstiger Arbeitskräfte zu verfügen. Ihr wäre ein deregulierter globaler Arbeitsmarkt am liebsten. Dann müsste man bei Arbeitskraftknappheit nicht höhere Löhne zahlen oder bessere Arbeitsbedingungen bieten, sondern könnte auf Arbeitskräfte aus wirtschaftsschwachen EU-Staaten oder darüber hinaus aus der Peripherie zurückgreifen. Von daher ist der Hinweis auf den demografischen Wandel erst einmal mit Vorsicht zu betrachten. Denn aktuell sagen sechs Millionen Menschen in Deutschland, dass sie gerne mehr arbeiten würden – natürlich bei entsprechender Entlohnung.

Quelle: Highlights, Nr. 31, Zeitschrift der Universität Bremen, Juli 2015

Politik **verharmlost** Gefahren des Islam

Der Zentralrat der Ex-Muslime in Deutschland kritisiert eine seiner Meinung nach hierzulande überwiegende „falsche Toleranz“ gegenüber dem Islam. Souverän sprach mit der Vorsitzenden Mina Ahadi, einer gebürtigen Iranerin.

Souverän: Frau Ahadi, seit wann gibt es den Zentralrat der Ex-Muslime, und wer gehört ihm an?

Ahadi: Unser Zentralrat wurde 2007 gegründet, ihm gehören Menschen an, die entweder den muslimischen Glauben aufgegeben haben oder die niemals Muslime waren, wenngleich sie aufgrund ihrer Herkunft aus einem sog. islamischen Land gemeinhin der Gruppe der Muslime zugeordnet werden. Da viele von uns gezwungen waren, den islamischen Machthabern in den Herkunftsländern zu entfliehen, wehren wir uns in aller Entschiedenheit dagegen, dass Organisationen wie der Islamrat oder der Zentralrat der Muslime den Anspruch erheben, unsere Interessen zu vertreten. Wir haben dies durch Demonstrationen versucht deutlich zu machen, aber kaum Interesse bei den Medien gefunden. Deshalb erfolgte mit Hilfe der Giordano Bruno Stiftung – einer Denkfabrik für Humanismus und Aufklärung – die durchaus provokativ gemeinte Gründung des Zentralrats der Ex-Muslime.

Sie verstehen sich als bewussten Gegenentwurf zum Zentralrat der Muslime?

Ja, so ist es. Die islamischen Organisationen werden aus unserer Sicht leider immer wieder geprägt durch religiöse Fanatiker, meist reaktionäre Männer. Wir haben völlig andere Standpunkte, plädieren beispielsweise für die konsequente Trennung von Staat und Religion.

Wir bekennen uns neben den allgemeinen Menschenrechten zu einer Weltanschauungsfreiheit.

Medien und Politik verhalten sich Ihrer Meinung nach zu unkritisch gegenüber dem Islam?

Deutschland unterwirft sich geradezu islamischem Gedankengut. Um möglichst tolerant zu erscheinen, verharmlost die offizielle Politik die Gefahren des Islam. Dabei kollidiert der Islam in seiner konsequenten Form mit diversen Artikeln des Grundgesetzes. Das Kopftuch als Erkennungszeichen für den politischen Islam beispielsweise ist für uns ein Symbol der Geschlechterapartheid. Es steht für die patriarchale Unterdrückung der Frau und sollte im öffentlichen Dienst konsequent untersagt werden. Auch die religiös begründete Abmeldung von Schülerinnen und Schülern vom Schwimm-, Sport- oder Biologieunterricht muss unterbunden werden. Die demokratische Öffentlichkeit sollte die Errungenschaften der Moderne verteidigen und einer Islamisierungsstrategie auf allen Ebenen offensiv entgegenzutreten.

Sie fordern von der Politik, auch international kritisch mit dem Islam umzugehen?

Die Politik sollte sich intensiver als bislang für die Einhaltung der Menschenrechte in den Ländern des islamischen Herrschaftsraumes einsetzen und gegen Ehrenmorde, weibliche Genitalverstümmelung, Steinigungen, Hinrichtungen, Folterungen sowie andere unmenschliche Praktiken einschreiten.



Das betrifft nicht nur Länder wie Iran oder Sudan, sondern auch Saudi-Arabien oder Katar ...

Ja, die Kuscheldiplomatie mit Vertretern theokratischer Systeme muss beendet werden, politische und wirtschaftliche Abkommen müssen explizit die Einhaltung menschenrechtlicher Regelungen zur Voraussetzung haben. Islamische Regime und Organisationen, die dem djihadistischen Terrorismus zuarbeiten bzw. ihn unterstützen, dürfen weder finanziell noch durch stille Duldung gefördert werden.

Mit Ihrer Haltung schaffen Sie sich nicht nur Freunde ...

Die meisten unserer über 400 Mitglieder – in der Mehrzahl Frauen aus Algerien, Syrien, Irak und Afghanistan – arbeiten aus Angst anonym von zu Hause. Ich selbst habe schon etliche Morddrohungen erhalten und mehrfach Polizeischutz bekommen. Die Toleranz vieler Muslime ist eben sehr gering ausgeprägt. In der deutschen Öffentlichkeit werden wir übrigens oftmals als rechtsaußen stehend verleumdet.

Wie sehen die Pläne Ihres Zentralrats für die nahe Zukunft aus?

Wir planen einige Demos gegen Salafistenorganisationen sowie die Gründung einer Initiative gegen das Tragen von Kopftüchern bei Lehrerinnen. Obwohl der NRW-Landtag dies als legal ansieht, hoffen wir auf Unterstützung durch die Gewerkschaft der Lehrer und Lehrerinnen.

Wie sollte denn in der Schule mit dem Islam umgegangen werden?

Statt eines islamischen Religionsunterrichts sollte in der Schule ein Ethikunterricht erteilt werden, der über alle Religionen aufklärt, zur Toleranz erzieht und ein vernunftgeleitetes Denken fördert.

Frau Ahadi, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Weitere Infos: www.exmuslime.com ■

Schengen nicht kaputt machen lassen



Angesichts der Flüchtlingswelle, die derzeit über Europa rollt, sehen Kritiker Gefahren für die innere Sicherheit durch mangelnde Kontrollen an den innereuropäischen Grenzen. Souverän hakte nach. Im Interview: Jörg Radek, Polizeihauptkommissar, stv. Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und GdP-Vorsitzender des Bezirks Bundespolizei

Souverän: Im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel in Elmau erzielte die Polizei bei den vorübergehend wieder eingeführten Grenzkontrollen überraschend hohe Fahndungstreffer. Wie schlüsselten sich die Zugriffszahlen auf?

Radek: Bei den Feststellungen nahmen erwartungsgemäß illegale Migration und illegaler Aufenthalt den größten Teil ein. Aber auch erhebliche Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, also Besitz und Schmuggel illegaler Drogen, wurden in über 200 Fällen festgestellt. Außerdem konnten über 1.000 Personen, die zur Fahndung ausgeschrieben waren, ermittelt werden. Insgesamt haben unsere Kolleginnen und Kollegen in dieser Zeit weit über 300.000 Personen kontrolliert.

Das Schengener Abkommen erlaubt im Normalfall nur stichprobenartige Kontrollen. Muss es wieder mehr Ausnahmen geben, wenn die durch Schengen insgesamt erreichte Freizügigkeit nicht gefährdet werden soll?

Leider führt die Ausnutzung der Reisefreiheit und der Freizügigkeit des Warenverkehrs durch den Wegfall der Grenzkontrollen auch zu illegalen Personen- und Warenströmen. Neben dem „Menschenhandel“ sind das vor allem Drogen-, Waffen- und Zigarettenschmuggel. Die vorübergehenden Kontrollen an den deutschen Grenzen während des G7-Gipfels zeigen, dass Kriminelle dabei sind, die einzigartige europäische Errungenschaft Schengen kaputt zu machen. Wir dürfen das nicht zulassen. Hier ist die Politik gefordert, eine eindeutige Linie für die Innere Sicherheit vorzugeben.

Muss auch die Schleierfahndung verstärkt werden?

Die Schleierfahndung ist grundsätzlich ein sehr sinnvolles Instrument. Als Folge der G7-Fahndungserfolge will beispielsweise Bayern die Schleierfahndung nun wieder verstärkt einsetzen. Ein nachvollziehbarer Gedanke. Doch der Alleingang eines Bundeslandes löst das Problem nicht, sondern verlagert es nur auf andere Grenzräume. Die Kriminellen suchen sich dann einfach andere Routen, zum Beispiel über Baden-Württemberg oder Sachsen.

Ist das alles mit der jetzigen Personalstärke überhaupt zu stemmen?

Genau das ist das Problem. Der G7-Einsatz war zeitlich begrenzt. Für den Erfolg wurde eine Urlaubssperre ausgesprochen und der Schichtrhythmus umgestellt, weil sonst nicht ausreichend Personal vorhanden gewesen wäre. Für eine dauerhafte Einrichtung, wenn man sie denn wollte, fehlen Personal, Fahrzeuge, Infrastruktur und Ausstattung. Der Bundespolizei fehlen insgesamt beispielsweise 3.400 Stellen. Und von den circa 35.000 Zollbeamten in Deutschland ist nur rund die Hälfte überhaupt für polizeiliche Aufgaben eingesetzt, die anderen müssen Tätigkeiten einer Finanzverwaltung ausüben oder erheben die Kfz-Steuer.

Solche Strukturen spielen der organisierten Kriminalität natürlich in die Karten.

Wie funktioniert die innereuropäische Zusammenarbeit? Gibt es besonders „durchlässige“ Grenzen, etwa für Schleuserbanden?

Die innereuropäische Zusammenarbeit funktioniert gut, das Problem besteht an den EU-Außengrenzen. Das Prinzip, dass die armen Staaten in Europa, wie zum Beispiel Portugal, Spanien, Griechenland oder Italien, für die Sicherheit der Grenzen der reichen Länder zuständig sind, funktioniert nicht. Die Krisenherde in Syrien, Afghanistan und auf dem afrikanischen Kontinent zwingen viele Menschen zur Flucht. Sie begeben sich in die Hände von Schleusern und skrupellosen Menschenhändlern, die versuchen sie, über die Grenzen der südeuropäischen Länder nach Europa zu bringen. Das Problem ist, dass Europa die Mittelmeeranrainerstaaten nicht stark genug unterstützt. Eine maritime Überwachung ist immer extrem aufwendig. Die dortigen Polizeien sind mit diesen Flüchtlingsströmen schlicht überfordert. Wir brauchen daher eine gesamteuropäische Lösung für den Umgang damit. Man kann den Menschen nicht vorwerfen, dass sie auf der Suche nach Sicherheit und etwas mehr Wohlstand ihre teils schwer vom Krieg gebeutelten Heimatländer verlassen. Wir müssen uns aber überlegen, wie wir damit fair und menschenwürdig umgehen.

Unterschätzt die Politik das Problem?

Innenpolitik wurde in den letzten Jahren auf die Terrorismusbekämpfung reduziert. Es fehlt in Deutschland an einem ganzheitlichen, verbindlichen Programm zur Inneren Sicherheit. Im Zusammenhang mit der Haushaltssituation haben wir seit Jahren vor dem Spardiktat gewarnt. Doch in den Haushalten aller beteiligten Akteure, seien es Polizeien oder kommunale Einrichtungen, regierte der Rotstift. Dass bei den nun steigenden Flüchtlingszahlen manche Bundespolizeiinspektionen vor Asylsuchenden aus allen Nähten platzen und im Hauruck-Verfahren Asylunterkünfte aus dem Boden gestampft werden müssen, sind Symptome dieser Fehlplanungen. In diesem Umfeld haben es rechte Rattenfänger leicht, Resen-



timents zu schüren. Nichtbefassung und eine Politik des Wegschauens haben fremdenfeindlichen Demonstrationen und Angriffen auf Asylbewerberheime Vorschub geleistet. Für eine verantwortungsvolle Migrationspolitik fehlt ein gesamtstaatlicher Ansatz, der alle staatlichen Institutionen – Gemeinden, Jugend- und Gesundheitsämter, Schulen und letztlich die Polizei

– miteinbezieht. Es müssen die Sorgen und Hoffnungen aller Beteiligten gleichermaßen ernst genommen werden. Schlimm finde ich, dass man auch in der gegenwärtigen Situation noch kein abgestimmtes politisches Vorgehen erkennen kann. Wie es scheint, wird das Problem weiterhin ausgesessen und vertagt. ■



In Schweden, Dänemark, Frankreich und Italien schränken die Zentralbanken die Möglichkeiten der Bargeldzahlung bereits ein. Auch in Deutschland ist die Diskussion um eine zumindest schrittweise Abschaffung des Bargeldes angelauten. Fragen an Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale-Bundesverbands e.V. (VZBV).

Diskussion ums Bargeld:

Geld ist geprägte Freiheit



Souverän: Herr Müller, der Wirtschaftswissenschaftler Professor Peter Bofinger fordert die völlige Abschaffung des Bargeldes als ultimative Waffe gegen Schwarzarbeit und Drogenhandel. NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans hat nachgezogen. Er will zunächst nur höhere Bargeldzahlungen verbieten. Was halten Sie von solchen Vorschlägen?

Müller: Die Motivlage des Ministers wie auch des Professors scheint ehrenwert. Wer will schon angesichts spektakulärer Fälle von Steuerhinterziehung und Schwarzgeldgeschäften zurückstehen, wenn der Ruf nach mehr Steuerehrlichkeit erschallt. Aber heiligt der Zweck hier die Mittel? Von meiner Seite ein klares Nein, weil Risiken und Nebenwirkungen überwiegen.

Aber gibt es nicht auch gute Gründe für den bargeldlosen Zahlungsverkehr?

Sicherlich. Bargeldlos bezahlen ist ohne Zweifel bequem, man ist relativ sicher vor Dieben. Der Verkäufer freut sich auch, denn er erhält unmittelbar sein Geld. Dennoch werden weiterhin über 50 Prozent der Umsätze im Einzelhandel bar getätigt, fast 80 Prozent aller Transaktionen über die Ladentheke basieren auf Scheinen und Münzen.

Und deshalb präferieren auch Sie weiterhin den Zahlungsverkehr „in cash“, also bar auf die Hand?

Nein, es geht nicht um Präferenz. Es geht darum, Bargeld nicht abzuschaffen und zu beschränken. Warum? Erstens: Bargeld ist günstig für die Verbraucher, denn elektronische oder digitale Transaktionen kosten Geld in Form von Gebühren, die manchmal richtig happig sind. Zweitens: Bargeld ist gelebter Datenschutz. Unbares Zahlen hinterlässt Datenspuren, die kommerziell genutzt und zur Erstellung eines Verbraucherprofils verwendet werden können. Name, Geburtsdatum Produktentscheidung, Preis – all das sind interessante In-

formationen über den Verbraucher, die sich im Zweifel auch weiterverkaufen und verwerten lassen. Der gläserne Bürger würde Realität. Solche Daten können übrigens auch von Dritten illegal „abgefischt“ werden. Bei der Preisgabe von Persönlichem ist also ohnehin Vorsicht geboten.

Welche weiteren Risiken und Nebenwirkungen sehen Sie?

Zunächst weitere Vorteile des Bargelds: Bargeld schafft mehr Ausgabentransparenz im Portemonnaie des Verbrauchers. Viele Menschen operieren zwar ohne Probleme mit Kreditkarten und „mobile payment“, verlieren dabei aber leicht die Übersicht über ihre finanzielle Lage. Das Bezahlen per Klick am Computer oder per Karte im Geschäft ist zwar praktisch, kann aber auch den Einstieg in die Verschuldung fördern. Und viertens: Bargeld schützt vor negativen Zinsen. Schon heute diskutieren Ökonomen und Politiker ja, wie man allzu sparsame Bürger durch negative Zinsen zu stärkerem Konsum animieren könnte. Zentralbanken und Politik würden so erheblichen Einfluss auf unser Leben und unsere Ersparnisse erhalten. Und letztes Argument: Auch elektronische oder digitale Bezahlalternativen sind nicht sicher und locken immer wieder Kriminelle an.

Bleiben Sie auch beim Nein, wenn es um ein Limit für die Bargeldzahlung geht?

Das Risiko, dass eine Limitierung nur der Einstieg in den kompletten Ausstieg aus dem Bargeld wäre, ist immens hoch. Ich halte es mit dem Schriftsteller Dostojewski, der vor rund 150 Jahren sagte, dass Geld geprägte Freiheit bedeute. Diese Freiheit gilt es zu erhalten. Und übrigens hat Bargeld auch eine soziale Seite. Oder haben Sie einem Obdachlosen schon mal mit Ihrer Kreditkarte ausgeholfen? Hier braucht es doch ganz klar bare Münzen, nicht wahr? ■

Anm. der Red.: Vgl. zu diesem Thema auch Souverän 1-2015, S. 20/21 – „Eine Horrorvision wird langsam Realität“

Schutz vor Überwachung und Kontrolle ...

In der aktuellen Diskussion um eine Abschaffung des Bargelds vertritt die Bundesbank die Position, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden sollen, welche Zahlungsmittel sie verwenden möchten.

„Nur Bares ist Wahres“, heißt es im Volksmund. Redewendungen wie diese stehen für den hohen Stellenwert, den das Bargeld in der deutschen Bevölkerung einnimmt. Dennoch wird in der öffentlichen Diskussion in jüngster Zeit vor allem von wissenschaftlicher Seite verstärkt gefordert, die Verwendung des Bargelds einzuschränken oder es gänzlich abzuschaffen. Dabei wird oft argumentiert, das Bargeld sei teuer, veraltet und fördere zudem Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung. Die Deutsche Bundesbank lehnt alle Bestrebungen, das Bargeld abzuschaffen oder seine Verwendung einzuschränken, ab. Vielmehr sollen Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin selbst entscheiden dürfen, welche Zahlungsmittel sie verwenden möchten.

Die Verbreitung von Bargeld

Bargeld kann als Zahlungsmittel für die Abwicklung von Geschäften verwendet werden, wird aber auch als Wertaufbewahrungsmittel geschätzt. Das Euro-Bargeld entsteht auf Nachfrage durch die Geschäftsbanken, konkret, wenn die

se eine Barauszahlung von Teilen ihres Zentralbankguthabens beantragen. Der hohe Stellenwert des Euro-Bargelds zeigt sich am ausgegebenen Volumen. Innerhalb und außerhalb des Euro-Raums sind mehr als 1.000 Milliarden Euro als Banknoten und Münzen im Umlauf. Und allen Unkenrufen zum Trotz steigt der Bargeldumlauf jährlich weiter an. Allein im Jahr 2014 haben die Zentralbanken des Eurosystems fast 60 Milliarden Euro zusätzlich ausgegeben.

Diese Zahlen zeigen zunächst nicht, in welchem Umfang Bargeld in Deutschland als Zahlungsmittel verwendet wird. Deshalb untersucht die Bundesbank regelmäßig mit einer repräsentativen Haushaltsbefragung, welche Zahlungsmittel an der Ladenkasse, im Online- und Versandhandel oder bei der Bezahlung von Handwerkerdienstleistungen verwendet werden. Im Ergebnis wird Bargeld für beinahe 80% aller Transaktionen genutzt. Der wertmäßige Anteil beläuft sich auf 53% der getätigten Umsätze.

Die deutsche Bevölkerung schätzt Bargeld als Instrument zur Ausgabenkontrolle und Haushaltsplanung, denn ein schneller Blick in den Geldbeutel zeigt, wie viel von einem bestimmten Budget, etwa beim Einkauf oder im Urlaub, noch übrig ist. Viele Bürgerinnen und Bürger sehen Bargeld auch als einfaches, sicheres und schnelles Zahlungsmittel, denn es ermöglicht die Durchführung von Geschäften aller Art, Zug um Zug – Ware oder Dienstleistung gegen Geld. Andere Bürgerinnen und Bürger sehen allerdings gerade

diese Anforderungen eher von den bargeldlo-

sen Zahlungsmitteln, wie etwa der Girocard, besser erfüllt. Die Position der Bundesbank ist es deshalb, dass Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden sollen, in welchem Ausmaß sie Bargeld oder bargeldlose Zahlungsmittel verwenden möchten. Eine Abschaffung des Bargelds lehnt die Bundesbank ab, da damit diese freie Wahl der Zahlungsmittel eingeschränkt würde.

Das Bargeld steht für Unabhängigkeit

Einige Anforderungen werden von Bargeld wie bargeldlosen Zahlungsmitteln gleichermaßen gut erfüllt. Im Vergleich zu bargeldlosen Zahlungsmitteln steht Bargeld aber in einem besonderen Maße für die Unabhängigkeit der Bürgerinnen und Bürger. Bargeld ist zunächst von technischer Infrastruktur weitgehend unabhängig, während bargeldlose Zahlverfahren meist eine aufwendige technische Infrastruktur benötigen. Dies kann besonders in einem Krisenfall von Bedeutung sein, in dem elektronische Zahlverfahren zumindest kurzzeitig nicht mehr funktionieren könnten. In einer solchen Situation könnte Bargeld weiterhin verwendet werden, zum Beispiel zum Kauf von lebensnotwendigen Lebensmitteln oder von Kleidung.

Das Bargeld ist zudem, im Gegensatz zu vielen bargeldlosen Zahlungsmitteln, anonym, denn wenn es zum Bezahlen verwendet wird, ist dies für Dritte nicht nachvollziehbar. Die Bürgerinnen und Bürger können so ihre Privatsphäre schützen und ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung ausüben. Schließlich soll nicht jeder Einkauf im Geschäft für andere nachvollziehbar sein, und die Bürgerinnen und Bürger möchten gegenüber ihrer Bank oder gegenüber dem Staat nicht vollständig gläsern sein. Eines von vielen Schreckensszenarios wäre es zum Beispiel, wenn eine Versicherung genaue Informationen über das Einkaufsverhalten im Supermarkt erhielte, etwa über den Erwerb ungesunder Nahrungsmittel. Bargeld steht also für Unabhängigkeit, denn es schützt vor Überwachung und Kontrolle bei der Durchführung von wirtschaftlichen Transaktionen.





Schlussendlich bietet Bargeld für die Bürgerinnen und Bürger die einzige Möglichkeit, Zentralbankgeld zu halten. Mit Bargeld kann man auch bezahlen, wenn der bargeldlose Zahlungsverkehr durch technische Störung nicht funktioniert. Deshalb entscheiden sich einige Bürgerinnen und Bürger, Bargeld als Wertaufbewahrungsmittel zu nutzen, insbesondere auch in einem Krisenfall. In diesem Sinne steht Bargeld als sichere Anlage ohne Ausfallrisiko für die Unabhängigkeit vom Banken- und Finanzwesen.

Die Kritik am Bargeld

Einige Ökonomen, wie etwa Kenneth Rogoff oder Peter Bofinger, haben in der öffentlichen Diskussion Argumente genannt, die aus ihrer Sicht für eine Abschaffung des Bargelds sprechen. Bargeld sei als Zahlungsmittel teuer und finde zudem bei schattenwirtschaftlichen oder illegalen Aktivitäten Verwendung. Vor dem Hintergrund der aktuell sehr niedrigen Inflationsraten und des moderaten Konjunkturausblicks könne eine Abschaffung des Bargelds außerdem den Handlungsspielraum der Geldpolitik erweitern: Ohne Bargeld könnten nämlich auch negative Guthabenzinsen verlangt werden, ohne dass befürchtet werden muss, dass Bankguthaben durch Bargeldhaltung substituiert wird. Ohne Bargeld könnte also, so die Befürworter der Bargeldabschaffung, die sogenannte Nullzinsgrenze faktisch beseitigt werden. Diese für eine Abschaffung des Bargelds vorgebrachten Argumente sind letztlich aber nicht überzeugend. Die Abschätzung

der Kosten von unterschiedlichen Zahlungsinstrumenten ist schwierig. Die Kosten für die Banknotenherstellung und -bearbeitung bei der Bundesbank fallen volkswirtschaftlich kaum ins Gewicht. Hohe Kosten für bare wie bargeldlose Zahlungsmittel könnten aber im Bankwesen und im Handel anfallen, wobei der Handel über seine Ausgaben für Banken und Geldtransporteure letztlich einen großen Teil der insgesamt anfallenden Kosten trägt. Der Handel berichtet regelmäßig, Bargeld sei insbesondere bei kleineren Beträgen kostengünstiger als bargeldlose Zahlungsinstrumente – und das spricht für das Bargeld, auch um den Preis, dass Bargeld als Zahlungsmittel in der Schattenwirtschaft in gewissem Umfang verwendet wird.

Und zur Überwindung der aktuell sehr niedrigen Inflationsraten im Euro-Raum kann eine Abschaffung des Bargelds auch keinen nachhaltigen Beitrag leisten. Vielmehr gilt es, gegen eine wesentliche Ursache der derzeitigen niedrigen Inflation anzugehen, nämlich die Wachstumsschwäche. Das aber gelingt am besten, wenn die Regierungen der Mitgliedstaaten die notwendigen Reformen durchführen, um solide Staatshaushalte, wettbewerbsfähige Wirtschaftsstrukturen und leistungsfähige und effiziente öffentliche Verwaltungen zu erreichen. Das Bargeld abschaffen zu wollen, damit die Geldpolitik noch expansiver wirken kann, würde die langfristigen Strukturprobleme nur kurzfristig mit billigem Geld überdecken und am Ende die Reformbereitschaft schmälern. Damit aber

würde die Wachstumsschwäche vermutlich eher verlängert anstatt überwunden.

Das Bargeld ist in Deutschland unverzichtbar

Zusammengefasst erfreut sich das Bargeld in Deutschland einer großen Beliebtheit. Es wird zur Haushaltsplanung und Ausgabenkontrolle verwendet und als einfaches, sicheres und schnelles Zahlungsmittel wahrgenommen. Bargeld steht für Unabhängigkeit, denn die Bürgerinnen und Bürger unterliegen beim Barzahlen keiner Überwachung und Kontrolle. Bargeld benötigt zudem keine technische Infrastruktur. In der Diskussion um die Abschaffung des Bargelds vertritt die Bundesbank die Position, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden sollen, welche Zahlungsmittel sie verwenden möchten. Das Bargeld ist in der Bevölkerung fest verankert und bleibt somit in Deutschland auch in Zukunft unverzichtbar. ■

Der Autor:

Carl-Ludwig Thiele ist Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank in Frankfurt/Main, zuständig für die Bereiche Bargeld, Ökonomische Bildung sowie Zahlungsverkehr und Abwicklungssysteme.



Fotohinweis Quelle: Manjit Jari / Bundesbank

Reisetermine:

11.11. bis 18.11.2015
17.02. bis 24.02.2016

Verlängerungswoche möglich

Reiseleistungen:

- Flüge Deutschland* / Malta / Deutschland mit der Air Malta in der Economy-Class
- Flughafensicherheitsgebühren, Luftverkehrsabgabe und Kerosinzuschläge von zurzeit EUR 46,- bis EUR 56,- je nach Abflughafen (Stand 09/15)
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 7 Übernachtungen im San Antonio Hotel & Spa (4-Sterne, Landeskategorie) im Doppelzimmer
- Halbpension
- Getränke zum Abendessen (Wein, Bier, Wasser, Softdrinks)
- Besichtigungen laut Programm inklusive Eintrittsgelder (2 Ganz- und 2 Halbtagesausflüge)
- Besuch des Konzertes in der St. John's Co-Cathedral inklusive Transfers
- Qualifizierte, deutschsprachige Reiseleitung vor Ort
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise

→ **Flüge möglich ab/bis:** Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, München (nonstop) und Stuttgart (mit Umstieg)

Reisepreise:

EUR **895,-**

Preis pro Person im Doppelzimmer* Einzelzimmer-Zuschlag pro Woche: EUR 140,-

Aufpreis für Zimmer mit garantierbarem Meerblick: EUR 42,- pro Person / Woche
Verlängerungswoche inklusive Halbpension im Doppelzimmer*: EUR 280,- pro Person

* bei Zweierbelegung

- Grundpreis mit Flügen ab/bis: **Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, München**
- Zuschlag für Flüge ab/bis: **Stuttgart: EUR 90,- pro Person**

Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt zum Preis von EUR 37,- pro Person für die erste Woche bzw. EUR 47,- inklusive Verlängerungswoche.

(Die Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

Terramundi ist insolvenz-versichert bei:



MALTA



Begleiten Sie uns zum Erleben und Erholen zur Insel Malta. Das Klima ist mild und das kleine Eiland bietet viel Sehenswertes. Die imposantesten Bauwerke stammen aus der Blütezeit der Kreuzritter: Mächtige Wehranlagen, prächtige Paläste und zahlreiche Gotteshäuser.

Auch die Hauptkirche Maltas, die St. John's Co-Cathedral, zählt dazu. Sie wird an einem Abend Ihrer Reise für Sie zum exklusiven Konzertsaal. Chor, Solisten und Orchester mit maltesischen Künstlern bieten Ihnen ausgewählte Werke herausragender Komponisten dar. Es erklingen Auszüge aus der „Messa di Gloria“ von Giacomo Puccini, der „Krönungsmesse“ von Wolfgang Amadeus Mozart, dem „Stabat Mater“ von Gioachino Rossini und dem weltbekannten „Requiem“ von Giuseppe Verdi. Freuen Sie sich auf einen ganz besonderen Kulturgenuss in imposanter Kulisse!

Den Rahmen für entspannte Stunden bietet das milde Klima und ein 4-Sterne-Hotel am Meer. Fliegen Sie mit!



Beachten Sie bitte: Für die Einreise benötigen deutsche Staatsangehörige nur ihren gültigen Personalausweis oder Reisepass • Die Mindestteilnehmerzahl, die bis 6 Wochen vor Reisebeginn erreicht sein muss, beträgt 100 Personen je Termin • Die Senioren-Union und Souverän treten nur als Vermittler auf. Es gelten die Reisebedingungen des verantwortlichen Veranstalters Terramundi GmbH, einsehbar unter www.terramundi.de, auf Wunsch gern Zusendung per Post.

Der
„Dauerrenner“ aus
unserem Angebot!

... mit exklusivem Konzert
in imposanter Kulisse.

Besichtigungen:

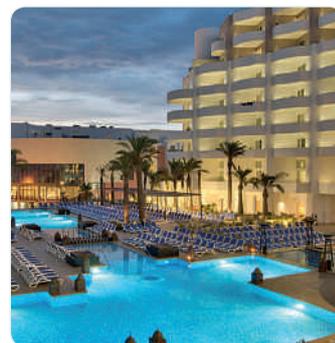
Erlebnisreiches
Ausflugsprogramm
im Preis enthalten

Kultur:

Exklusives Konzert in
festlicher Kulisse

Erholen:

Mildes Klima und
schönes 4-Sterne-Hotel



San Antonio Hotel & Spa****

Lage: Das in der Wintersaison 2013/14 vollständig renovierte, modernisierte und erweiterte 4-Sterne-Hotel liegt an der Saint Paul's Bay und ist nur durch die Uferstraße vom Felsstrand des Meeres getrennt. In unmittelbarer Umgebung gibt es Unterhaltungsmöglichkeiten, Geschäfte, Restaurants und Bars sowie eine Busstation.

Ausstattung: Großzügig gestaltete Eingangshalle mit Rezeption und Sitzcken, Lift, Hauptrestaurant und Bistro/Café, Bar, Süßwasser-Außen-Swimmingpool mit Sonnenterrasse, separates Kinderbecken, Spielplatz, Innen-Pool mit Jacuzzi, Fitness-Center mit Sauna (tlw. gegen Gebühr).

Zimmer: Auf 8 Etagen befinden sich 412 Zimmer und Suiten, die alle geräumig und komfortabel eingerichtet sind. Sie sind mit Bad/Dusche, WC, Klimaanlage, Radio, Direktwahl-Telefon, Satelliten-TV, Haarföhn, Kühlschrank und Balkon oder Terrasse ausgestattet. Zimmer mit garantierbarem Meerblick sind gegen Aufpreis buchbar.

Essen: Frühstück und Abendessen in Buffetform inklusive Getränke zum Abendessen (Wein, Bier, Wasser, Softdrinks).



Ausflüge und
exklusives Konzert
im Preis enthalten!

Der Reiseverlauf:

1. Tag: Flug vom gewählten Flughafen mit Air Malta oder Lufthansa nach Malta. Dort erwartet Sie bereits die örtliche Reiseleitung und begleitet Sie anschließend zum Check-In im San Antonio Hotel & Spa**** in Bugibba, im Nordosten Maltas.

2. bis 7. Tag: Ihr Besichtigungsprogramm findet an 2 ganzen und 2 halben Tagen statt. Die restliche Zeit steht Ihnen zur Erholung oder für eigene Unternehmungen zur freien Verfügung. Das exklusive Konzert findet während Ihres Aufenthaltes an einem Abend in der prachtvollen St. John's Co-Cathedral in Valletta statt.

8. Tag: Je nach Abflugzeit Bus-transfer zum Flughafen und Rückflug zum Ausgangspunkt Ihrer Reise (oder Beginn der Verlängerungswoche).

Inklusiv-Ausflüge:

1/2 Tag: Der heutige Halbtagesausflug führt Sie in die Hauptstadt Valletta. Bei einem Rundgang durch die historische Stadt erleben Sie Geschichte auf Schritt und Tritt. Von den Upper Baracca Gardens haben Sie zunächst einen herrlichen Blick auf den Grand Harbour und die Befestigungsanlagen. Ihr Weg führt Sie weiter zur Kathedrale des Hl. Johannes

und über die Republic Street zum Großmeisterpalast mit dem alten Parlamentssaal und den darin befindlichen herrlichen Gobelins. In diesem prachtvollen Palast residieren heute der Staatspräsident und das maltesische Parlament.

1/1 Tag: Sie unternehmen einen Ganztagesausflug, der zunächst mit einem Besuch der ehemaligen Inselhauptstadt **Mdina** beginnt. Die Geschichte der stillen Stadt ist so alt und bunt wie die Geschichte Maltas selbst. Erleben Sie den Reiz der über 4.000 Jahre alten Stadt. Der nächste Stopp ist an den **Dingli Klippen** vorgesehen, wo die kalkweißen Felsen fast 200m senkrecht ins Meer stürzen. Anschließend führt Sie Ihr Weg ins Kunsthandwerkerdorf **Ta' Qali**. Hier haben die meisten Kunsthandwerker Maltas ihre Werkstätten. Im benachbarten Attard unternehmen Sie einen Rundgang durch die **St. Anton's Gardens**, einen botanischen Garten, in dem sich der Palast des Staatspräsidenten befindet. Abschließend besuchen Sie in **Mosta** die Kirche, deren Kuppel mit 54 m Durchmesser die viertgrößte in Europa ist.

1/1 Tag: An diesem Ganztagesausflug erhalten Sie zunächst einen Einblick in die frühe Kulturgeschichte Maltas. Sie besuchen mit **Hagar Qim** eine Anlage aus der

bedeutenden Epoche der Tempelbauer aus der Zeit 2.800 bis 2.100 v.Chr. Im nahen Siggiewi erhalten Sie im „**Limestone Heritage Center**“ Einblick in die Verarbeitung des ganz besonderen Kalksteins der maltesischen Inseln sowie seine komplexe, 22.000.000 Jahre alte Geschichte u.a. mit einer Audio-visionsshow. Weiter geht es zum idyllischen Fischerdorf Marsaxlokk. Der Heimathafen der maltesischen Fischer erhält die bunt bemalten Boote im Hafen ein malesisches Aussehen. Am Nachmittag besuchen Sie die unbekannteren „3 Städte“ **Vittoriosa, Senglea und Cospicua**, die Wiege der maltesischen Geschichte. Hier waren die ersten Befestigungsanlagen auf Malta zu finden. Vittoriosa, die „Siegreiche“, mit dem Fort St. Angelo diente den Malteser-Rittern bei der großen Belagerung durch die Türken als Stützpunkt bei der Verteidigung Maltas. Sie sehen die wichtigsten Sehenswürdigkeiten der „3 Cities“, deren Schönheit von den Besuchern Maltas bisher nicht sehr beachtet wurde.

1/2 Tag: Sie unternehmen eine halbtägige Hafenrundfahrt durch den Grand Harbour, wo Sie u.a. die beeindruckenden Befestigungsanlagen der Fort St. Elmo und St. Angelo sowie die bedeutende Schiffswerft des größten Naturhafens Europas bestaunen können.

Folgender Ausflug kann nur auf Malta gegen Aufpreis zusätzlich gebucht werden:

1/1 Tag: Ganztagesausflug zur Schwesterinsel Maltas, **Gozo**. Nach Anlegen der Fähre beginnt Ihre Rundfahrt, die Sie zunächst zu den Megalith-Tempeln von Ggantija führt. Sie gelten als die älteste und größte Anlage auf den maltesischen Inseln. Anschließend besuchen Sie das imposante „Azur Window“. Dieser Felssims ruht auf einem riesigen, ca. 40 Meter hohen Felspfeiler und ragt majestätisch ins Meer hinein. So rahmt er das azurblaue Meer malerisch ein. Danach besuchen Sie die Inselhauptstadt Victoria mit der mächtigen Zitadelle. Bevor Sie zurück nach Malta fahren, machen Sie noch einen Abstecher zur kleinen Bucht von Xlendi, wo die Fischer Gozos ihre bunt bemalten Boote vor Anker legen. Danach geht's wieder mit der Fähre zurück zur Hauptinsel.

Auskunft und Buchung:



Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefon: 0 23 69 / 9 19 62 - 0
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de



REISEANMELDUNG

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

TERRAMUNDI GmbH
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de



JA, ich möchte mit unten aufgeführten Teilnehmern an der Reise nach **MALTA** teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung an u.a. Adresse.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 = Rechnungsanschrift)	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon mit Vorwahl	E-Mail
Name, Vorname (Teilnehmer/in 2)	Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise.

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen des Veranstalters Terramundi GmbH, einsehbar unter www.terramundi.de, auf Wunsch gern Zusendung per Post – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Ort, Datum, Unterschrift

Reiseziel: MALTA
Termin: 11.11. - 18.11.2015
 17.02. - 24.02.2016
Preise: EUR 895,- p.P. im DZ*
Einzelzimmer-Zuschlag EUR 140,- pro Woche
Zimmer mit garantiertem Meerblick EUR 42,- p. P. / Woche
Verlängerungswoche inkl. HP im DZ* EUR 280,- p. P.

Gewünschte Flüge** ab/bis:

**nach Verfügbarkeit, bitte beachten Sie evtl. Zuschläge

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen: **DZ** = Doppelzimmer
EZ = Einzelzimmer • **MB** = Zimmer mit Meerblick • **VL** = Verlängerungswoche • **RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung

Teiln. 1 DZ EZ MB VL RV
Teiln. 2 DZ EZ MB VL RV

(* bei Zweierbelegung)

Schnitt ins eigene Fleisch?

Europa hat mit Wirtschafts-sanktionen auf die völker-rechtswidrige Annexion der Krim reagiert. Es wachsen jedoch die Zweifel, ob dieses Instrument tatsächlich zur Krisenbewältigung taugt. Ein Interview mit Folker Hellmeyer, Chefvolkswirt der Bremer Landesbank.

Souverän: Herr Hellmeyer, die deutschen Exporte nach Russland sind naturgemäß mit Verhängung der Sanktionen eingebrochen. Wie groß ist der Schaden auf unserer Seite?

Hellmeyer: Der Schaden ist viel umfassender, als es die Statistik sagt. Beginnen wir bei der Ökonomie und den bisher aufgelaufenen Schäden. Der Blick auf den Rückgang der deutschen Exporte per 2014 um 18% oder in den ersten beiden Monaten 2015 um 34% im Jahresvergleich erfasst nur einen Primärausschnitt. Es gibt Sekundäreffekte. Europäische Länder mit starkem Russlandgeschäft, unter anderem Finnland und Österreich, leiden konjunkturell massiv. Diese Länder ordern in der Folge auch weniger in Deutschland. Mehr noch erwägen europäische Großkonzerne, zur Umgehung der Sanktionen Produktionsstätten auf höchster Effizienzebene in Russland zu erstellen. Damit verlieren wir hier potenziellen Kapitalstock, der die Grundlage unseres Wohlstands ist.

Ein Ende der Sanktionen ist ja noch nicht in Sicht. Wie hoch kann die Rechnung gerade für die deutsche Exportwirtschaft noch werden?

Deutschland und die EU haben gegenüber Russland ihre ökonomische Zuverlässigkeit zur Disposition gestellt. Das Vertrauensverhältnis ist durch Deutschland und die EU zerrüttet. Um ein solches Vertrauen wieder aufzubauen, bedarf es mehrerer Jahre. Zwischen Unterschrift und Lieferung liegen bei den deutschen und europäischen Exporten im Anlagebau bis zu fünf Jahre. Siemens ist jetzt aus diesem Grunde bei

einem Großprojekt rausgeflogen. Alstom hat den Auftrag für die Bahnstrecke Moskau/Peking verloren. Ergo ist das Schadenspotenzial nicht nur für Deutschland, sondern auch die EU viel massiver, als es die aktuellen Zahlen ausdrücken könnten. Genau beziffern lassen sich die zukünftigen Schäden nicht, sie sind definitiv erheblich.

Mehr noch plant die Achse Peking – Moskau im Rahmen der Shanghai Corporation und der BRIC-Länder das größte Wachstumsprojekt in der modernen Geschichte, den Aufbau der Infrastruktur Eurasiens von Moskau bis Wladiwostok, bis Südchina und Indien. Inwieweit die Sanktionspolitik der EU und Deutschlands bei diesen Megaprojekten seitens der aufstrebenden Länder als Affront nicht nur gegen Russland interpretiert werden wird, bleibt abzuwarten.

Aber muss man die ökonomischen Verluste für die Exportwirtschaft angesichts der Annexion der Krim und der russischen Rolle in der Ostukraine nicht in Kauf nehmen?

Der messbare Schaden liegt in entgangenem Wachstum, in entgangenen Lohnzahlungen, in entgangenen Einzahlungen in das Sozialsystem und in entgangenem Steueraufkommen. Das gilt für die vergangenen zwölf Monate, und es gilt für die kommenden Jahre. Damit zahlen die Menschen in Deutschland und der EU diesen Preis durch entgangene Wohlstands- und Stabilitätsmehrung. Der nicht messbare Schaden liegt in einer erhöhten geopolitischen Risikolage für die Menschen in der EU. Was steht diesem Preis an „Gewinn“ gegenüber?

Wenn man versucht, die Ukraine-Krise mit neutralem Blick zu verfolgen, so fällt auf, dass die ukrainische Führung bislang auch noch nicht durch Friedensinitiativen aufgefallen ist ...

Es ist in der Tat irritierend. Menschen, die nicht nur auf „westliche Qualitätsmedien“ fokussiert sind, sind erstaunt über das mediale Ausblenden der Aggressionen Kiews und der durch die Regierung Kiews umgesetzten diskriminierenden Gesetze, die zu dem Anspruch westlicher Werte und De-



Folker Hellmeyer (Jahrgang 1961) ist seit April 2002 Chefanalyst der Bremer Landesbank. Zuvor war Hellmeyer unter anderem für die Deutsche Bank in Hamburg und London als Senior Dealer und Chefanalyst der Landesbank Hessen-Thüringen tätig.

mokratie in einem krassen Missverhältnis stehen. Ich halte Herrn Steinmeier zugute, dass er in der Tat hinter verschlossenen Türen Klartext spricht. Die Frage ist, ob das Verhalten jenseits des Atlantiks Herrn Steinmeier unterstützt. Ich verweise diesbezüglich auf die Einlassungen der US-Interessenvertreterin in Osteuropa, Victoria Nuland. Fakt ist, dass bei dem Coup in der Ukraine eine in der Tendenz gegenüber Moskau freundlich gesinnte Oligarchie durch eine jetzt den USA zugewandte Oligarchie ersetzt wurde. Das war Geopolitik, die dritten Kräften, aber definitiv nicht Deutschland, nicht der EU, nicht Russland und auch nicht der Ukraine nützt.

Russland rückt nun enger an China heran. Überhaupt hat man den Ein-

druck, dass in Asien ein geopolitisches Gegengewicht zum Westen entsteht, richtig?

Ganz offensichtlich wollen sich etliche aufstrebende Länder von der bisherigen geopolitischen Hegemonie des Westens emanzipieren. Das wird deutlich an den Gründungen von Konkurrenzinstitutionen zur Weltbank (AIIB) und dem IWF (New Development Bank) seitens der Achse der aufstrebenden Länder. Das missfällt natürlich dem noch waltenden Hegemon. Die aktuellen internationalen Krisenherde von Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, Ägypten bis zur Ukraine sind Ausdruck dieser im Hintergrund klar erkennbaren Machtaus-einandersetzung. Wollten wir dort nicht überall Demokratie und Freiheit etablieren? Werfen wir einen Blick auf den Erfolg

Welche Folgen haben die Sanktionen auf das deutsch-russische Verhältnis?

Das Verhältnis auf der Ebene der internationalen Politik ist zerrüttet. Der Dialog wird dennoch von beiden Seiten erhalten. Das ist grundsätzlich positiv. Die Enttäuschung Moskaus gerade gegenüber der deutschen Politik ist massiv. Es gibt in Moskau eine sehr realistische Einschätzung bezüglich der Fähigkeit, hier eine von den US-Interessen unabhängige Politik im eigenen deutschen und europäischen Interesse zu formulieren und zu leben. Im Bereich der Unternehmen sieht das besser aus. Da werden die Gesprächsebenen genutzt. Man bereitet sich hier auf den Tag X nach den Sanktionen vor. Eine schnelle Wiederbelebung auf das Niveau vor der Krise ist jedoch unwahrscheinlich. Russland ist ein Bär. Man baut sich jetzt neue Versorgungswege auf. Die wird man nicht einfach nach der Sanktionspolitik aufgeben. Beliebiger mag im Westen „en vogue“ sein, in Moskau nicht.

Verschiedene EU-Staaten, wie Italien, Österreich oder Ungarn, murren immer vernehmbarer über die Sanktionen. In Deutschland herrscht dagegen Geschlossenheit. Woran liegt das?

Der deutsche Bürger ist sehr satt. Es geht ihm trotz der entgangenen Geschäfte noch gut, der nächste Urlaub liegt vor der Tür. Die Medien sind, politisch korrekt ausgedrückt, gegenüber der US-Geopolitik handzahn, unsere Politik auch. Die politische und mediale Nivellierung dieses Themenkomplexes wirkt. Wirklich gespenstisch ist: Wir reformie-

ren die schwachen Länder der Eurozone und stellen unter schweren Opfern deren internationale Konkurrenzfähigkeit wieder her, um ihnen dann Märkte zu entziehen.

Wenn die Folgen so gravierend sind, wie Sie beschreiben, warum ist dann die Kritik der großen Wirtschaftsverbände, etwa des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI), so leise?

Es gibt einen erheblichen Unterschied zwischen den öffentlichen Verlautbarungen der Verbände und der internen Sach- und Gemütslage. Im Bereich der Unternehmen gärt es erheblich. Dennoch bin ich bezüglich der öffentlichen Stellungnahmen der Verbände enttäuscht. Sie agieren politisch korrekt. Für eine exportorientierte Wirtschaft ist das Thema Sanktionspolitik von markanter, für manche Unternehmen von existenzieller Bedeutung. Hier vom Primat der Politik zu fabulieren ist bezüglich des Auftrags dieser Verbände eine partielle Verweigerung der Verantwortung.

Wenn man argumentiert wie Sie, rutscht man hierzulande leicht in die Rolle des „Putin-Verstehers“. Kostet uns die neue Konfrontation mit Russland jetzt schon ein Stück unserer demokratischen Freiheiten?

Ich habe in meinem Buch „Endlich Klar-text“ Ende 2007 im Vorwort formuliert: „Zuerst sterben die freien Märkte, dann stirbt die Demokratie!“ Die jetzigen geopolitischen Auseinandersetzungen werden im Inland zur Schleifung der demokratischen Freiheitsrechte missbraucht. Derzeit beschäftigt mich der Begriff „Terror des Mainstreams“. Wir geben vor, tolerant und pluralistisch zu sein. Wer bei politisch sensiblen Themen jedoch vom Mainstream abweichende Meinungen vertritt, ist dem Risiko der Isolierung oder Diffamierung ausgesetzt. Diese Entwicklungen stehen im diametralen Widerspruch zum Anspruch der Demokratie und Freiheit. Am Ende wechseln viele Deut-

sche vielleicht Wohlstand und Freizügigkeit mit dem Begriff Freiheit?

Wie geht der Konflikt weiter? Ist es denkbar, dass sich Amerikaner und Russen wieder zusammenschließen – etwa wegen IS oder Syrien –, und die Europäer schauen in die Röhre?

Für mich ist der Konflikt schon jetzt entschieden. Die Achse Moskau–Peking–BRIC gewinnt. Dort hat man vom Westen die Nase voll. 1990 hatten diese Länder einen Anteil von circa 25% an der Weltwirtschaftsleistung. Heute stehen sie für 56% der Weltwirtschaftsleistung, für 85% der Weltbevölkerung. Sie kontrollieren circa 70% der Weltdevisenreserven. Sie wachsen pro Jahr im Durchschnitt mit 4 – 5%. Da die USA nicht bereit waren, internationale Macht zu teilen (z.B. Voten in IWF und Weltbank), baut man im Sektor der aufstrebenden Länder ein eigenes Finanzsystem auf. Die EU wird derzeit in diesen Konflikt hineingezogen und damit in ihren eigenen Entwicklungsmöglichkeiten sterilisiert. Je länger wir diese Politik in der EU verfolgen, desto höher wird der Preis. Derzeit steht mehr auf dem Spiel, als es der „kleine Mann“ und die „kleine Frau“ wahrhaben oder wahrhaben wollen. Die Stabilität einer Demokratie hängt an der Stabilität der Ökonomie. Wenn Ökonomie dauerhaft Schaden zugeführt wird, nimmt die Radikalisierung einer Gesellschaft zu. Diese Erfahrung hat das Deutsche Reich 1933 gemacht. Daneben gibt es dann noch die Variante, dass die Demokratie zur Demokatur wird, um in der Oligarchie zu landen ... ■



Plädoyer für einen **anderen** Umgang

Von Wilfried Scharnagl, dem langjährigen Mitarbeiter der CSU-Landesleitung und Ex-Chefredakteur der CSU-Parteizeitung „Bayernkurier“



Brückenbauer: Michail Gorbatschow und Wilfried Scharnagl bei der Vorstellung der russischen Ausgabe des Buches „Am Abgrund“ am 21. Juli 2015 in Moskau.

Dass im Zuge der westlichen Strafmaßnahmen gegen Russlands Präsidenten Wladimir Putin im Juni dieses Jahres im oberbayrischen Schloss Elmau ein G7-, nicht ein G8-Gipfel zusammentrat, war ein gravierender politischer Fehler. Angesichts dramatischer Krisen in der Welt, ob in der Ukraine oder im Nahen Osten, die nicht ohne und schon gar nicht gegen Russland zu lösen sind, ist es geradezu absurd, sich Lösungen vom Reden über Putin zu erwarten, wo allein Reden mit Putin die Chance zu Lösungen in sich hätte.

Schwarz-Weiß-Maler haben selten recht. Auch bei der Krise um die Ukraine, die in besonderer Weise das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland belastet, gilt diese Erfahrung. Die vorherrschende Einseitigkeit im Urteil der westlichen Welt ist weniger als die halbe Wahrheit. Russland und seinem Präsidenten die Alleinschuld an einer Entwicklung zu geben, welche die Erinnerungen an die Zeit von Kaltem Krieg und Konfrontation wieder aufleben lässt, ist bequem und schließt die Reihen. Mit der politischen Wirklichkeit hat diese Sicht der Dinge nur wenig zu tun.

Es kann nicht darum gehen, der Anti-Putin-Einseitigkeit eine Pro-Putin-Einseitigkeit entgegenzustellen. Der russische Präsident ist weit davon entfernt, der „lupenreine Demokrat“ zu sein, als den ihn seine – wenigen – Freunde im Westen und in Deutschland sehen.

Das politische und militärische Geschehen um die Ukraine kann nur verstanden und in seiner Gefährlichkeit überwunden werden, wenn sich der Westen bemüht, auch die andere, die russische Seite zu begreifen. Der Ur-Fehler, der von Europa und Amerika begangen wurde, war verhängnisvoll. Das sowjetische Imperium brach zu-

sammen, als es zur historischen Wende in Europa kam. Deutschlands Weg zur Wiedervereinigung wurde geöffnet. Der Warschauer Pakt, das Militärbündnis des ehemaligen Ostblocks, löste sich auf. Die historische Gelegenheit, eine neue und große Partnerschaft zwischen West und Ost aufzubauen, in Gleichrangigkeit und auf Augenhöhe, wurde versäumt. Wir haben gesiegt, und wir allein entscheiden, wie es in Zukunft zwischen Ost und West weitergehen soll – so wurde vor allem in Washington gedacht. Und so wurde gehandelt.

Gegen den Geist und den Inhalt der Gespräche, die in der Zeit der Wende mit Michail Gorbatschow geführt wurden, wurde die Chance zum Bau einer neuen Welt weder gesehen noch ergriffen. Unter amerikanischer Dominanz ging es weiter wie bisher. Während Russland davon ausgehen konnte, dass das Zeitalter eines neuen Miteinanders gekommen sei, setzte sich die westliche Politik in altem Denken und auf eingefahrenen Gleisen fort. Moskau war aufgrund vieler Gespräche der sicheren Überzeugung, dass es in einer neuen Periode west-östlicher Politik keine Ausdehnung der NATO geben werde. Amerika entschied anders, Europa folgte.

Diese Ausweitung der NATO musste von Russland als bedrohliche Einkreisung gewertet werden. Und das ist nicht nur die Sicht Putins. Gorbatschow, dessen mutige Entscheidung Europa und Deutschland die Überwindung einer jahrzehntelangen Spaltung gebracht hat, ist nicht weniger enttäuscht und kommt sich betrogen vor. Er spricht von einem „Zusammenbruch des Vertrauens“.

Über Jahre nahm es Moskau geduldig hin, wie Staaten des längst aufgelösten War-

schauer Paktes in die NATO wechselten. Zu viel wurde es Moskau, und zu viel musste es ihm werden, als sich auch noch die große Ukraine mit Hurrageschrei zum Marsch in die NATO aufmachte und in dieser Absicht durch vielfältige Verlockungen und Versprechungen von westlicher Seite bestärkt wurde. Um sich das Bild einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine in seinem ganzen für Russland unerträglichen Ausmaß vor Augen zu führen: Auf der Krim, als ein Herzstück russischer Geschichte und als Haupthafen der Schwarzmeerflotte für Russland unaufgebar, führt ein amerikanischer NATO-Admiral in Sewastopol das Oberkommando: Wer im Westen nicht sehen und begreifen will, dass eine solche Perspektive für Moskau nicht hinnehmbar sein kann, ist mit Blindheit geschlagen.

Als am 30. August 1994 die letzten russischen Truppen Deutschland verließen und Tausende von Soldaten zu einer Abschiedsparade im Treptower Park in Berlin angetreten waren, sangen sie ein Lied, das allen, die damals dabei waren, tief im Gedächtnis geblieben ist. „Deutschland, wir reichen dir die Hand“, hieß es darin und „wir bleiben Freunde allezeit“. Der neue Horizont, der sich damals zwischen Europa und Russland und zwischen Deutschland und Russland leuchtend und greifbar auftat, ist 20 Jahre später in gefährliches Dunkel gehüllt. Zur notwendigen Aufhellung und zur Sicherung des Friedens bedarf es auch im Westen einer Änderung der Politik gegenüber Russland: weg von einer antirussischen Einseitigkeit und zurück zu den Chancen und Möglichkeiten, die es in der Zeit der Wende in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gab. ■

Meine **Gesundheit** hab' ich **im Griff**

Sie kennen das: Ihr Hausarzt verschreibt Ihnen ein neues Medikament und bittet Sie, Ihren Blutdruck regelmäßig zu messen, um herauszufinden, ob die neuen Wirkstoffe für Sie passen. Sie notieren daraufhin pflichtbewusst Ihre Blutdruckwerte auf einem Zettel. Beim nächsten Arztbesuch kommt das Unvermeidliche: Sie suchen in allen Taschen, schauen in Ihrem Kalender nach, und was sich nicht zeigt, ist ebenjener Zettel, auf dem Sie Ihren Blutdruck so regelmäßig dokumentiert haben.

Neulich war außerdem Ihr Enkel zu Besuch, der Ihnen auf seinem Smartphone gezeigt hat, welche Strecken er zuletzt gejoggt ist und wie er seine Fitness verbessert hat.

Was haben diese beiden Situationen miteinander gemeinsam? Beide zeigen Möglichkeiten, wie heutzutage digitale Anwendungen helfen können, z. B. die gesundheitlichen Werte im Blick zu behalten oder die eigene Fitness zu verbessern. Solche oder ähnliche Anwendungen werden unter dem Schlagwort e-Health zusammengefasst. Dahinter verbirgt sich eines der umfangreichsten modernen Anwendungsgebiete der Medizinbranche mit großen Chancen für neue und verbesserte Therapien für Patienten.

Beschäftigt man sich mit digitalen Anwendungen für die Gesundheit, finden sich zahlreiche richtig gute Ideen: eine App zum Beispiel, die Patienten dabei hilft, ihre individuell erstellten Therapiepläne mit Medikamenten, Behandlungen und Ernährungshinweisen auch wirklich einzuhalten. Eine andere App hilft Schlaganfallpatienten bei der Rückgewinnung der

Sprachfähigkeit. Für Demenzpatienten wurden bereits Apps entwickelt, deren regelmäßiger Einsatz dabei hilft, das Gedächtnis zu trainieren, innere Unruhe zu reduzieren und dadurch länger am Alltag teilzuhaben.

Die Vorteile liegen auf der Hand: So erinnert die App automatisch daran, dass es Zeit ist, den Blutdruck zu messen, oder sie sendet eine kurze motivierende Nachricht mit der Aufforderung, sich etwas zu bewegen. Als technische Basis verwenden viele dieser Anwendungen heute Smartphones oder Tablets, ohne die die Vorteile der klugen Gesundheitshelfer nicht genutzt werden können. Smartphones erfüllen zwar die technischen Voraussetzungen, sind aber oftmals nicht ausreichend komfortabel zu bedienen, zu komplex und haben häufig einen zu kleinen Bildschirm. Ein Tablet mit großem Bildschirm wäre da eine naheliegende Alternative. Laut der aktuellen ARD/ZDF-Onlinestudie verwenden 13

Prozent aller Internetnutzer über 70 Jahren bereits Tablet-PCs. Das bedeutet aber, dass die guten Ideen zur Unterstützung der Gesundheit lediglich von jedem Zehnten genutzt werden können.

Mittlerweile gibt es einfach bedienbare Tablets, die für Übersicht sorgen und auch dann sicher funktionieren, wenn man nicht täglich einen technikinteressierten Enkel im Haus hat, dem man all seine Fragen stellen kann. Das speziell auf die Bedürfnisse von Technik-Einsteigern optimierte asina Tablet (www.asina-tablet.de) bietet einen leichten Zugang zu E-Mail, Skype und WhatsApp und wird deshalb auch von Senioren sehr geschätzt. Asina bringt von Haus aus eine App zum Dokumentieren von Vitaldaten oder für die Erinnerung an die regelmäßige Einnahme von Medikamenten mit. Zusätzliche Anwendungen für Ihre Gesundheit können leicht hinzugefügt werden. Leben Sie mit asina einfach gesünder! ■



Skype · Internet · E-Mail · Vitaldaten

Sie haben Fragen zum asina Tablet? Rufen Sie uns an! Wir sind für Sie da!
Telefon +49 (0) 351 - 219 71 444 · E-Mail info@asina-tablet.de

www.asina-tablet.de



„Runderneuerung“ der
Pflegeversicherung:

Die Union **hält Wort**

Die von der Union geführte Koalition arbeitet erfolgreich an der umfassendsten Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung seit deren Einführung vor 20 Jahren. Wir verwirklichen eine grundlegende Erweiterung der gesetzlichen Pflegeleistungen. Nie zuvor hat die Pflegepolitik so viel Aufmerksamkeit erhalten wie in dieser Legislaturperiode.

Konkret schlägt sich das nieder in den beiden Pflegestärkungsgesetzen, dem Bürokratieabbau in der Pflege, der Neugestaltung des Pflege-TÜVs, der Reform der Ausbildung in den Pflegeberufen, in neuen gesetzlichen Regelungen zur Verbesserung der Medikamentensicherheit sowie im Palliativ- und Hospiz-Gesetz. Es gibt in dieser Wahlperiode praktisch kein Gesetzesvorhaben im Bereich der Gesundheit, das nicht zugleich einen wichtigen Beitrag zur „Runderneuerung“ der Pflege leistet.

Umfassende Leistungsverbesserungen

Seit 1. Januar 2015 stehen für die Pflegeleistungen zusätzlich 2,4 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung. Die Mittel kommen dort an, wo sie gebraucht werden – bei den Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und den Pflegekräften. Dabei gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“, denn die Leistungen dienen vor allem der häuslichen Versorgung. Ausgebaut werden die Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie die Tages- und Nachtpflege, und es gibt deutlich höhere Zuschüsse für Verbesserungen des Wohnumfelds.

In der professionellen Pflege senken wir den Schlüssel für die Betreuungskräfte und

erhöhen ihre Zahl auf 45.000, damit das Personal mehr Zeit für die Pflege hat. Das schafft zugleich bessere Arbeitsbedingungen, denn der Pflegeberuf muss attraktiver werden. Dies flankieren wir mit der Reduzierung überflüssiger Bürokratie in Gestalt überbordender Dokumentationspflichten. Denn die Pflege muss vor allem „am Bett“ ankommen!

Dazu gehört die grundlegende Reform des „Pflege-TÜVs“. Entscheidend ist die Lebensqualität der Pflegebedürftigen. Die bisherige pauschale Bewertungspraxis taugt nichts und muss so schnell wie möglich geändert werden. Hier ist unser Koalitionspartner gefordert, endlich den Weg frei zu machen für eine Bewertung, die sich an der Ergebnisqualität, d.h. an der Pflege-Qualität der jeweiligen Pflegeeinrichtung, orientiert.

Wir wollen ferner noch in dieser Wahlperiode ein neues Pflegeberufegesetz verabschieden. Denn wir brauchen dringend Anreize, um mehr Menschen als bisher für die Pflegeberufe zu motivieren. Auch hier gilt dem zuständigen, vom Koalitionspartner geführten Familienministerium die Aufforderung, möglichst bald ein durchdachtes und schlüssiges Konzept vorzulegen.



Der Autor: **Erwin Rüdell MdB** ist Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Pflegepolitik und seit 2014 Mitglied des Bundesfachausschusses „Gesundheit und Pflege“ der CDU Deutschlands.

Gleichstellung demenzkranker Menschen in der Pflegeversicherung

Auf das im Januar in Kraft getretene 1. Pflegestärkungsgesetz folgt bis 2017 der zweite große Reformschritt, mit dem wir die fällige Neudefinition der Pflegebedürftigkeit umsetzen. Im Ergebnis werden vor allem Menschen mit demenziellen Erkrankungen in der Pflegeversicherung künftig deutlich besser gestellt sein.

In Zukunft wird es passgenaue Einstufungen geben. Die Minuten-Pflege wird entfallen. Für bereits pflegebedürftige Menschen gibt es Bestandsschutz. Kein Pflegebedürftiger muss sich Sorgen machen, künftig schlechter eingestuft zu werden. Aber erstmals werden wir Menschen mit kognitiven und somatischen Einschränkungen gleichstellen und damit eine große Gerechtigkeitslücke schließen. Im Ergebnis mobilisieren wir jährlich fünf Milliarden Euro zusätzlich für die Versorgung von demenzkranken Menschen.

Die beiden Pflegestärkungsgesetze bedeuten eine so massive Aufstockung eines sozialen Sicherungssystems, wie es sie nie zuvor in einer deutschen Sozialversicherung gegeben hat. Wir haben zu Beginn der Legislaturperiode mehr Qualität, mehr

Geld, mehr Betreuung und mehr Hände für gute Pflege in unserem Land versprochen – und wir halten Wort!

Medikamentensicherheit

Für viele Senioren und pflegebedürftige Menschen ergeben sich Probleme bei der Anwendung mehrerer Medikamente. Nicht immer sind verschiedene Therapien optimal aufeinander abgestimmt. Häufig gibt es unerwünschte Wechselwirkungen. Mit dem künftigen „eHealth“-Gesetz sorgen wir dafür, dass gerade ältere Patienten, die mehrere Wirkstoffe einnehmen, Anspruch auf einen „Medikationsplan“ haben. Das bedeutet, dass ein Arzt die verabreichten Medikamente auf Wechselwirkungen prüfen und die Therapien besser aufeinander abstimmen muss. Deshalb wird es künftig einen verbrieften Anspruch auf einen einheitlichen Medikationsplan in Papierform geben. Zur besseren Aktualisierbarkeit ist zusätzlich ein elektronischer Medikationsplan vorgesehen.

Palliativ- und Hospiz-Gesetz

Das Gesetz sieht Verträge zwischen Heimträgern und Fachärzten vor, um die medizinische Versorgung für die Heimbewohner in Deutschland zu verbessern. Sie sind bislang häufig von fachärztlicher Versor-

gung ausgeschlossen und werden viel zu oft und völlig unnötig in Kliniken eingewiesen, vor allem nachts und an Wochenenden. Diese Versorgungslücke wollen wir schließen, indem Fachärzte in Rufbereitschaft stehen und bei Bedarf ins Haus kommen, sodass kein Heimbewohner mehr ohne Not ins Krankenhaus muss.

Im Übrigen lösen wir mit dem Palliativ- und Hospiz-Gesetz, das wir noch im Herbst verabschieden wollen, ein weiteres Versprechen des Koalitionsvertrags ein und verschaffen den Menschen in Deutschland Zugang zu einer spürbar besseren Hospizarbeit und einer flächendeckenden Palliativversorgung. Denn die Antwort auf die Nöte Schwerstkranker und Sterbender muss in einer umfassenden ärztlichen, pflegerischen und psychosozialen Begleitung bestehen. Wir möchten eine Kultur der Hilfe im Sterben anbieten, die es erlaubt, die letzte Lebensphase selbstbestimmt und bestmöglich begleitet zu verbringen.

Mir liegt vor allem am Herzen, auch im ländlichen Raum das Leistungsangebot zu erweitern und die palliative Pflege in Heimen und in der häuslichen Umgebung nachhaltig zu stärken. Der Ausbau der modernen Palliativmedizin zählt zu den zentralen Zielen unserer Gesundheitspolitik. ■



Das Glitzern eines Sommertags.
Unser Weinland Pfalz.

Selbstbestimmt sein und **bleiben**

Lebenswerte Städte müssen Städte für Menschen jedes Alters sein. Deshalb gilt es, die Herausforderungen des demografischen Wandels insbesondere in Großstädten zu meistern.

Mit dem Stichwort ‚demografischer Wandel‘ wird häufig das Szenario vergreisender Städte – überbevölkert mit vereinsamten Rentnern und explodierenden Pflege- und Gesundheitskosten – verbunden. Richtig ist, dass die Deutschen älter werden. 2030 wird ein Drittel der deutschen Bevölkerung älter als 65 Jahre alt sein. Oftmals wird diese Entwicklung einseitig negativ überzeichnet. Wir können uns freuen, dass die Menschen heute im Durchschnitt länger leben und auch im Alter gesund und aktiv sind.

Dank der gestiegenen Lebenserwartung und der verbesserten Gesundheitsversorgung dauert die Lebensphase nach der Erwerbstätigkeit heute nicht nur länger, sondern gestaltet sich auch vielschichtiger. Die Möglichkeiten älterer Menschen, die sich heute ergeben, sollten stärker für die gesamte Gesellschaft genutzt werden. Im Ruhestand sinnstiftende Aufgaben zu finden ist eine wesentliche Voraussetzung für ein erfülltes Altern. Viele der Seniorinnen und Senioren wollen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben, mitbestimmen und sich zum Wohle der Allgemeinheit mit ihren reichhaltigen Erfahrungen einbringen. Das ist ein Schatz, den es zu heben lohnt.

Dennoch gehen mit der demografischen Entwicklung insbesondere in Großstädten

auch einige Herausforderungen einher. Denn: Lebenswerte Städte müssen Städte für Menschen jedes Alters sein.

Selbstbestimmt sein und bleiben

Eine nachhaltige Seniorenpolitik setzt dort an, wo Menschen auf Hilfe und bedarfsgerechte Unterstützung angewiesen sind, und stellt allen Seniorinnen und Senioren die Strukturen zur Verfügung, die sie für eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben brauchen.

Um den vielfältigen Bedürfnislagen älterer Menschen gerecht zu werden, ist eine weitere Ausdifferenzierung der Wohnformen sowie verschiedener Angebote im Bereich der ambulanten Pflege und Betreuung wünschenswert und notwendig. Wer ein Leben lang gewohnt war, das Leben eigenständig zu meistern, hat auch im Alter das Bedürfnis nach größtmöglicher Selbstständigkeit. Damit ältere Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung leben können, müssen wir das Angebot an altersgerechten Wohnungen dringend erweitern.

Genügend seniorengerechte Wohnungen bereitzustellen ist deshalb eine der wichtigsten Herausforderungen der nächsten Jahre für die Ballungsgebiete. Denn ob eine Wohnung seniorengerecht ist, hängt vor allem davon ab, ob sie stufenlos zugänglich ist. Ein Aufzug allein reicht dafür nicht aus. Die Nachfrage nach bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnungen für Seniorinnen und Senioren ist bereits zum jetzigen Zeitpunkt sehr groß und wird noch weiter wachsen. Wohnungen, die mit einem altersgerechten Aufzug ausgestattet sind und für die in der Folge auch etwas höhere Mieten beziehungsweise Kaufpreise zu zahlen sind, werden in den kommenden Jahren auf steigende Nachfrage stoßen. Genauso wichtig wird es aber für die Ballungsgebiete auch sein, preisgünstigen Wohnraum für Senioren zu schaffen, die auf niedrige Mieten und somit kleine Grundrisse angewiesen sind.

Neue Wohnformen

Die steigende Lebenserwartung bringt neue Herausforderungen für die Stadtent-



wicklung und den Wohnungsbau mit sich. Ziel ist, dass Menschen möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung leben können. Dafür muss mehr generationengerechter Wohnraum geschaffen werden, der den Alltagsbedürfnissen von Familien mit Kindern bis hin zu denen von Senioren entspricht. Dazu muss neben dem entsprechenden Neubau vor allem der Umbau von vorhandenem Wohnraum beitragen. Geschaffen werden die benötigten Wohnungen durch Wohnungsunternehmen oder Privatpersonen, die sich dazu entschließen, in den Wohnungsbau zu investieren. Hierzu brauchen Wohnungsunternehmen und Privatinvestoren förderliche Rahmenbedingungen, für die Bund, Länder und Gemeinden ihren Beitrag leisten können. Ebenso sehen wir, dass gemeinschaftliche Wohnformen auch bei älteren Menschen zunehmend Zuspruch erhalten. Für die verbesserte technische Ausstattung von generationengerechten Wohnungen müssen Forschung und Entwicklung in diesem



Der Autor:
Kai Wegner MdB
ist Großstadtbeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Generalsekretär der CDU Berlin.



Bereich konsequent unterstützt werden. Gerade in den Städten ist ein gutes Miteinander der Generationen wichtig. Brücken zwischen den Generationen zu bauen bereichert Jung wie Alt und fördert die gegenseitige Toleranz. Der Erfahrungsschatz gerade der älteren Mitbürger ist eine große, bisher oft nicht genutzte Kraft für unser Land, die noch stärker zur Entfaltung gebracht werden sollte. Generationenübergreifende Projekte wie die erfolgreichen Mehrgenerationenhäuser, in denen sich Menschen verschiedenen Alters begegnen und gegenseitig unterstützen, gilt es weiterhin zu fördern. Nach dem Grundgedanken der „Sorgenden Gemeinschaften“ sollen dazu auch Nachbarschaftshilfen mit professionellen Dienstleistungen besser verknüpft werden. So wird zum Beispiel die Pflege älterer Mitbürger stärker zur Gemeinschaftsaufgabe. Freiwilliges Engagement, Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe werden dann mit familiärer und professioneller Fürsorge verbunden.

Älteren Menschen dürfen sprichwörtlich keine Hürden für ihre Teilhabe am Kiezleben in den Weg gestellt werden. Die Verantwortung für Barrierefreiheit sollte dabei nicht an der Wohnungstür aufhören. Auch der öffentliche Raum wimmelt für ältere Menschen häufig geradezu von Hindernissen.

Denkt man exemplarisch an die vielen schlechtgeräumten Gehwege, die dazu führen, dass sich viele ältere Menschen beim ersten Wintereinbruch regelmäßig aus Angst vor Stürzen nicht aus dem Haus trauen, vergegenwärtigt das die alltäglichen Hürden.

Wir müssen daher Zug um Zug Barrierefreiheit herstellen, etwa durch abgesenkte Bordsteine und Fahrstühle im Öffentlichen Personennahverkehr sowie niveaugleiche Einstiegsmöglichkeiten in öffentliche Verkehrsmittel. Insbesondere sollten Arztpraxen, Apotheken, Supermärkte, Freizeit- sowie Kultureinrichtungen barrierefrei erreichbar und nutzbar sein.

Gesundheitsversorgung

Eine hochwertige medizinische Versorgung in der Nähe der Wohnung ist gerade für ältere Menschen von großer Bedeutung. Fach- und Hausärzte sind häufig sehr unterschiedlich stark auf einzelne Stadtteile konzentriert, während andere nahezu kein wohnortnahes Angebot bereithalten. Auch hier müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die günstig für Patienten und Ärzte sind.

Darüber hinaus bedarf es auch einer besseren Verzahnung zwischen ambulantem und nachsorgendem Bereich. Häufig gehen Krankenhausaufenthalte im fortschreitenden Alter auch mit Nachsorge, Vor- oder Anschlussbehandlungen einher. Gerade hier gibt es Nachholbedarf.

Heinrich Lübke sagte einst: „Das beste Altersheim ist die Familie.“ Der Ruhestand im eigenen Zuhause und versorgt durch die Angehörigen ist für die meisten Menschen sicherlich wünschenswert. Angesichts der demografischen Entwicklung, sich wandelnder Familienstrukturen und wachsender Ansprüche in der Arbeitswelt ist aber heute auch klar zu erkennen, dass der Bedarf an professioneller Hilfe, gerade auch im ambulanten Bereich, perspektivisch wächst. Deshalb müssen wir sicherstellen, dass wir künftig ausreichend Personal zur Verfügung haben, dass eine qualitativ hochwertige Pflege und Betreuung sichergestellt werden können.

Programme und Maßnahmen

Von 2009 bis 2011 hat die Bundesregierung im Rahmen des Konjunkturpakets I mit dem Programm ‚Altersgerechtes Umbauen‘ einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Es wurden aus diesem Programm dadurch insgesamt 134.000 Wohnungen umgebaut. Dennoch sind derzeit insgesamt nur 1-2 Prozent des Gesamtbestandes an Wohnungen altersgerecht. Die meisten Menschen wünschen sich ein selbstbestimmtes Leben in der vertrauten Umgebung bis ins hohe Alter. Es ist daher ein großer Erfolg der Bundesregierung, dass gleich zu Beginn der Legislaturperiode der Zuschuss für altersgerechtes Umbauen wieder eingeführt werden konnte.

Die Stadtumbauprogramme haben sich dabei bewährt. Diese sollen zu einem einheitlichen, inhaltlich aufgewerteten und integrierten Stadtumbauprogramm zusammengeführt werden. In das Programm sollen alle Akteure, insbesondere die Wohnungsgesellschaften, die privaten Immobilienbesitzer und die Gewerbetreibenden, einbezogen werden.

Das Ziel muss eine Stadt der kurzen Wege sein. Lebenswerte Innenstädte und attraktive Stadtquartiere mit guten Wohn-, Kultur-, Arbeits- und Einkaufsmöglichkeiten auch im Zuge rückläufiger Bevölkerungszahlen und sich verändernder Strukturen müssen erhalten werden. Das bewährte Instrument der Städtebauförderung wird deshalb fortgeführt und weiterentwickelt.

Elbe

Schöner, ruhiger, günstiger wohnen

Seniorenwohnungen „Bellevue“
 Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
 Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
 V: 82,6 kWh, E., Bj 1991
 Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.

Betreuung möglich, gegenüber im
Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohlmann-Straße

80plus im Fokus

In Berlin wird eine Entwicklung vorweggenommen, die überall bevorsteht. Bis zum Jahr 2030 steigt die Zahl der Hochaltrigen bundesweit um ca. 60 Prozent, in Berlin und Brandenburg wird sich diese Zahl verdoppeln, von heute 140.000 auf rund 270.000. Dann wird fast die Hälfte der Bevölkerung über 50 Jahre alt sein.

Eines sei vorweggeschickt: Eine steigende Lebenserwartung ist eine hohe gesellschaftliche Errungenschaft. Damit wir das Geschenk des längeren Lebens auch wirklich nutzen können, muss sich unsere Gesellschaft besser auf die spezifischen Bedürfnisse älterer und hochbetagter Menschen einstellen. Mit dem Programm „Gesundheitliche und pflegerische Versorgung hochaltriger Menschen“ – kurz 80plus – haben wir in Berlin einen Dialogprozess angestoßen, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Ziel ist es, die besonderen Bedürfnisse dieser Altersgruppe besser zu berücksichtigen. Gleichzeitig sehen wir auch, dass Menschen jenseits der 80 der Gesellschaft noch viel zu geben haben. Wir wollen dafür sorgen, dass sie ihre Potenziale möglichst lange nutzen können – für sich selbst, für ihre Familien, aber auch für das Gemeinwesen als Ganzes.

Aktuelle Untersuchungen belegen: Die Alten werden immer „jünger“ und gesünder. Die heute 75-jährigen sind im Durch-

schnitt geistig und körperlich erheblich fitter als ihre Altersgenossen vor 20 Jahren. Sie übernehmen stärker Verantwortung für ihre eigene Gesundheit und werden selbst aktiv. Auch gesellschaftliche Teilhabe endet nicht im höheren Alter. Viele ältere Menschen sind sozial aktiv, kulturell interessiert und engagieren sich ehrenamtlich in der Gesellschaft oder innerhalb der Familie. Durch den fruchtbaren Austausch zwischen Jung und Alt entstehen auch im Bildungsbereich und in der Arbeitswelt neue Chancen, von denen beide Seiten profitieren: wenn Ältere ihre langjährige Erfahrung und ihr Wissen als Senior-Experten einbringen, als Mentoren Berufseinsteiger begleiten oder die Bildungschancen von sozial benachteiligten Kindern verbessern, z.B. als Lesepatzen in Schulen. Die individuellen Bedürfnisse älterer Menschen werden zudem zum „Innovationsmotor“ der Wirtschaft. Ein Beispiel: das intelligente Assistenzsystem „Smart Home“, das die Technologiestiftung Berlin entwickelt hat. Auf dem Arbeitsmarkt entstehen dadurch neue Chancen für junge Menschen, denn die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften steigt – in medizinischen, technischen, aber auch in Handwerks- und Dienstleistungsberufen.

Wir sollten diese Chancen des demografischen Wandels nutzen. Dazu ist es aber nötig, die besonderen Bedürfnisse der Hochaltrigen in den Blick zu nehmen. Mit steigendem Alter steigt auch das Risiko für Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit. In Berlin sind Männer jenseits der 80 im Durchschnitt rund zwei Jahre lang von Pflegebedürftigkeit betroffen, bei Frauen sind es vier Jahre. Der medizinische Versorgungsbedarf wird zudem wesentlich komplexer und dringender, weil Hochaltrige häufiger unter mehreren Erkrankungen gleichzeitig leiden („Multimorbidität“) und daher besonders auf ineinandergreifende, interdisziplinär gut aufeinander abgestimmte Hilfesysteme angewiesen sind. Zwar ist die medizinische und pflegerische Versorgung in Berlin gut, aber es zeigen sich Probleme an den Übergängen zwi-

schen den einzelnen Sektoren des Gesundheits- und Pflegesystems. Es wird also darum gehen, die bestehenden Strukturen der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung so weiterzuentwickeln, dass sie einer älter werdenden Gesellschaft noch besser gerecht werden.

Die Methode zum Erreichen dieses Ziels ist ein breitangelegter Dialog mit den Fachleuten der Träger und Verbände des Sozial- und Gesundheitswesens, die ihr Expertenwissen und die Erfahrung ihres Berufsalltags einbringen. In einem zweiten Schritt sind auch interessierte Bürgerinnen und Bürger eingeladen, den Dialogprozess durch ihre Alltagserfahrungen und damit verbundenen Erkenntnisse aus der Praxis zu bereichern. Als Grundlage dieses Dialogs haben wir sieben zentrale Handlungsfelder benannt: von Prävention und Gesundheitsförderung über ambulante und stationäre Versorgung, die Versorgung am Lebensende, die Ausbildung und Qualifizierung des Fachpersonals bis hin zu Fragen der Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen jenseits der 80. Dabei richten wir den Blick vor allem auf die besonderen Herausforderungen, denen sich Hochaltrige in ihrem Alltag stellen müssen: Ein großer Teil von ihnen lebt allein, ohne helfendes Umfeld; weitere Hürden kommen hinzu, wenn die Menschen zusätzlich in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Besonders im Fokus des Programms 80plus stehen die Übergänge zwischen den verschiedenen Bereichen der Versorgung. Darunter verstehen wir z.B. die Rückkehr in die eigenen vier Wände nach einem Krankenhausaufenthalt oder die enge Verzahnung von stationärer Behandlung mit den darauf folgenden Reha-Maßnahmen. Unser Ziel ist es, uns bis zum Sommer 2016 in einer Reihe von Fachdialogen mit den Akteuren der verschiedenen Handlungsfelder auf verbindliche Regeln der Zusammenarbeit zu einigen und darüber hinaus notwendige Gesetzesreformen auf Landes- und Bundesebene anzuregen. Unser gemeinsames Ziel ist nichts weniger als die generationengerechte Stadt. ■



Der Autor:
Mario Czaja (CDU) ist Senator für Gesundheit und Soziales in Berlin.

Sicherheit geht über alles

6. Sommerakademie der ESU in Wien zu den Grundbedürfnissen aller Bürger

Die Europäische Senioren Union (ESU) machte sich zum Anwalt aller Bürger, vornehmlich freilich der älteren Generation, als sie diesmal bei ihrer Sommerakademie für Führungskräfte dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger nachging. Dazu erhielten Politiker aus dem In- und Ausland das Wort. Präsidentin Prof. Dr. An Hermans stellte nach drei Tagen angestrenzter Arbeit Anfang Juli fest: „Im Ringen um Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit werden die Stimmen der älteren Bürger Europas mehr und mehr Gewicht haben; denn sie bringen ihre Politik- und Lebenserfahrung in die Debatte ein und dringen auf Entscheidungen, die allen Bürgern zu Wohlstand verhelfen.“ Die der Sommerakademie vorgelegten Berichte aus den ESU-Mitgliedsverbänden lieferten dafür den Beweis. Die gegenwärtigen Krisenherde müssten in Abstimmung der EU-Mitgliedsländer entschlossen angegangen werden, betonte An Hermans. Das Flüchtlingselend ist möglichst an der Wurzel – also in den Herkunftsländern der Emigranten – zu bekämpfen, jedoch verdienen alle Maßnahmen zur Rettung und Aufnahme der Asylbewerber unabhängig von ihrer Herkunft und Motivation unsere Unterstützung.

Mehrere Redner äußerten sich besorgt darüber, dass die Glaubwürdigkeit der Weltgemeinschaft auf dem Spiel stehe, solange durch internationalen Terrorismus elemen-

tare Menschenrechte ungestraft missachtet werden!

Übereinstimmung herrschte darüber, dass „MEHR Europa“ der einzig gangbare Weg aus der Krise ist. Sowohl im Bereich der sozialen als auch der inneren Sicherheit sei eine starke Gemeinschaft unablässig, wie Vizepräsident Heinz K. Becker MEP anschaulich darlegte. Sozialpolitik bliebe zwar nationaler Hoheit überlassen, verpflichte jedoch alle Länder zu Mindeststandards. Die Kluft bei der Rentenhöhe sei riesengroß, bemängelten mehrere Redner. Elmar Brok MEP, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament, brachte Defizite in der Verteidigungsfähigkeit zur Sprache. Es werde „Geld verschleudert“, da es kein europäisches Hauptquartier gebe und keine zentrale Beschaffung militärischer Ausrüstung. Auf eine entsprechende Frage aus dem Baltikum erklärte er jedoch zugleich: „Eine europäische Armee kann es nur auf Beschluss des EU-Parlaments geben“ und stehe derzeit nicht auf der Agenda.

Besorgnissen um die nötige Sicherheit im Inneren ist auch durch verstärkten interreligiösen Dialog zu begegnen. Dr. Bernhard Worms stellte dazu sieben Thesen vor. So heißt es beispielweise: Mit anderen christlichen Kirchen und anderen Religionen im Kontakt bleiben! Stets darauf achten, dass Verfassungsrecht und damit die Würde des Menschen Beachtung finden!

Meinungs- und Bildungsforum

Für die Bedeutung der ESU-Sommerakademien in Wien als ein europäischer Meinungs- und Bildungsforen spricht die Liste der weiteren Redner – hier unvollständig: Joseph Daul (EVP-Präsident; Videobotenschaft), Christian Kremer (stv. Generalsekretär der EVP), Prof. Dr. Andreas Khol (Österreichischer Seniorenbund), Johanna Mikle-Leitner (österreichische Innenministerin), Marilies Flemming (ESU und ÖSB), Prof. Van Hecken (Kath. Universität Leuven), Andreas Prenner (Österreichische Industriellenvereinigung). Mit Tatjana Zelko (Seniorenverband Belarus, Minsk) und Hovsep Khirshudyan, Jerevan (neugegründeter Seniorenverband Armeniens), nahmen Repräsentanten der „Östlichen Partnerschaft“ das Wort und warben für die Kooperation mit der ESU. Aus Deutschland äußerten sich zu den Konferenzthemen: Vizepräsidentin Dr. Gabriele Peus-Bispinck, Erika Reinhardt und Barbara Fischer, wie auch Elke Garczyk, Vizepräsidentin der ESU und stv. Vorsitzende der CSU-Senioren-Union in Bayern. Das in Wien versammelte Präsidium der ESU bestätigte den Termin für die Feiern zum 20-jährigen Bestehen der ESU (6. November in Brüssel) und beschloss eine neue Beitragsordnung. Ulrich Winz

(Detaillierte Berichte siehe auch „SENIOR INTERNATIONAL“, Newsletter der ESU, zu beziehen durch ulrich.winz@web.de)



An der ESU-Sommerakademie stets aktiv beteiligt (v.r.): Vizepräsidentin Dr. Gabriele Peus-Bispinck (Münster), Barbara Fischer (Hamburg) und Erika Reinhardt (Ehrenvorsitzende der Senioren-Union Baden-Württemberg)



(v.l.) Elmar Brok MEP im Gespräch mit Elke Garczyk (Vizepräsidentin, Bayern), Janusz Marszalek (Vizepräsident, Polen) und Dr. Bernhard Worms (2001-2013 Präsident der ESU, Ehrenvorsitzender der CDU-Senioren-Union)

AUS DER SENIOREN-UNION

Vor Ort beim Kirchentag: Für die gemeinsame Sache



Flagge zeigen hieß es beim 35. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart vom 3. bis 7. Juni 2015, wo die Senioren-Union auf dem „Markt der Möglichkeiten“ vertreten war. Etwa 97.000 Dauerbesucher waren zu dem fünftägigen Glaubensfest nach Stuttgart gereist. Hinzu kamen Zehntausende weitere Tagesgäste. Gemeinsam mit der Frauen Union, dem EAK und dem RCDS wurde das Kirchentags-Motto „damit wir klug werden“ mit Leben erfüllt, sprich Diskussionen bestritten und Mitglieder für die gemeinsame Sache geworben. Neben der Vorsitzenden der SU Stuttgart, Prof. Dr. Dorit Loos, und Mitgliedern aus dem dortigen Kreisverband, dem stv. Landesvorsitzenden und Pressesprecher des Bundesvorstandes, Claus Bernhold, war auch der Bundesgeschäftsführer Jan Peter Luther vor Ort. Beachtung fanden die CDU-Senioren auch bei der Politpromi-



nenz: Außer Bundesminister a.D. Franz Josef Jung MdB, dem Beauftragten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kirchen, waren es u.a. Ministerpräsidentin a.D. Christine Lieberknecht MdL, Verteidigungsstaatssekretär Markus Grübel MdB, der CDU-Generalsekretär Dr. Peter Tauber MdB, der Bundesvorsitzende der Jungen Union Paul Ziemiak sowie Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe, die den Stand zu zahlreichen Informationsgesprächen nutzten und ein lebendiges Miteinander der Generationen präsentierten.

Vor Ort beim Seniorentag: Rehabilitation vor Pflege

Unter dem Motto „Rehabilitation vor Pflege“ führte die Senioren-Union der CDU Deutschlands eine Veranstaltung auf dem 11. Deutschen Seniorentag in Frankfurt durch. Das Podium war hochkarätig besetzt mit Prof. Dr. Ursula Lehr, Bundesministerin a.D. und BAGSO-Vorsitzende, Karl-Josef Laumann, Staatssekretär und Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung, Prof. Dr. Andreas Kruse, Leiter des Instituts für Gerontologie an der Universität Heidelberg, Prof. Dr. Wolfgang von Renteln-Kruse, Universitätsklinik und Albertinen-Haus in Hamburg sowie Dr. Stefan Gronemeyer, Leitender Arzt und stellvertretender Geschäftsführer des Medizinischen Dienstes des GKV-Spitzenverbandes (MDS).

Der Stellvertretende Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Alfons Gerling, wies eingangs darauf hin, dass das Thema „Rehabilitation vor Pflege“ gerade jetzt aktuell sei, da das Pflegestärkungsgesetz II, mit dem Reha-Maßnahmen stärker berücksichtigt werden sollen, inzwischen als Referentenentwurf vorliegt und in Kürze im Bundeskabinett beraten werden soll. Die Senioren-Union werde darauf achten, ob es im

Gesetzentwurf noch Änderungsbedarf gebe, denn Ziel sei es, Pflegebedürftigkeit zu verhindern oder hinauszuzögern, damit ältere Menschen möglichst lange mobil bleiben und ein eigenständiges Leben führen können, so Gerling.

In der Podiumsdiskussion wies Ursula Lehr, die die Veranstaltung moderierte, darauf hin, dass der Grundsatz „ambulant vor stationär“ und „Rehabilitation vor Pflege“ schon bei Einrichtung der Pflegeversiche-

rung galt. Durch gerontologische Intervention könne man eine Pflegebedürftigkeit vermeiden oder zumindest den Alterungsprozess und die Notwendigkeit der Pflege verzögern. Allerdings seien die Kosten für die Pflege ausschließlich der Pflegeversicherung zugeordnet worden und die Kosten der Rehabilitation den Krankenkassen. Hier seien Änderungen notwendig.

Staatssekretär Karl-Josef Laumann führte aus, dass die Pflegeversicherung in den letz-



Podiumsdiskussion zum Thema Rehabilitation vor Pflege. V.l.n.r.: Karl-Josef Laumann, Staatssekretär, Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung, Dr. Stefan Gronemeyer, Leitender Arzt und stellvertretender Geschäftsführer des MDS, Prof. Dr. Andreas Kruse, Institut für Gerontologie, Universität Heidelberg, Prof. Dr. Wolfgang von Renteln-Kruse, Facharzt für Klinische Geriatrie, Albertinen-Haus; Moderation: Prof. Dr. Dr. h. c. Ursula Lehr, Bundesministerin a.D., Vorsitzende des BAGSO e.V.

ten zwanzig Jahren zu einer einzigartigen Erfolgsgeschichte geworden und eines der besten Beispiele für gelebte Solidarität in unserem Land sei. „Aktuell haben wir 2,6 Millionen Pflegebedürftige, bis 2030 wird ein Anstieg um 1/3 erwartet“, sagte Laumann. „Dies macht deutlich, dass die Bedeutung der Reha-Leistungen steigt.“ Wichtig sei dabei, Reha-Bedarf zu erkennen, damit frühzeitig Leistungen der Prävention und der medizinischen Reha eingeleitet werden könnten. Es seien deshalb neben dem neuen Pflegestärkungsgesetz auch Änderungen von Paragraphen des Sozialgesetzbuches vorgesehen, um die Pflegeleistungen zu steigern und deren Finanzierung sicherzustellen.

Prof. Kruse wies zunächst darauf hin, dass das Lebensalter keine allgemeingültigen Aussagen bezüglich Mobilität, Leistungsfähigkeit – sowohl mental wie physisch – und Lebensfreude erlaube. Die Ansicht, dass Menschen über 80 nicht mehr in Reha-Maßnahmen einbezogen werden sollen, verstoße gegen gängiges Fachwissen und die Menschlichkeit. Prof. von Renteln-Kruse betonte die Wichtigkeit der ambulanten Reha – hierfür gebe es in Deutschland zehn Einrichtungen für die mobile (zugehende) geriatrische Rehabilitation. Rehabilitationsmaßnahmen im Alter erfolgten nur in einem Prozent der Fälle aufgrund von Empfehlungen durch den MDK, wobei beispielsweise drei Prozent ca. 45.000 zusätzlichen Reha-Fällen entsprechen.

Dr. Gronemeyer bestätigt die vorher gemachten Aussagen. Allerdings werde oftmals auch von den Betroffenen das Angebot nicht wahrgenommen. Alte Menschen seien nicht mehr so mobil. „Die Gutachter werden aber zurzeit intensiver geschult, und es findet ein besserer Informationsaustausch zwischen den Pflegefachkräften und den Ärzten des MDK zur Reha-Indikationsstellung statt“, erklärte Dr. Gronemeyer abschließend.

Zudem hatten die etwa 150 Gäste der Veranstaltung die Gelegenheit, Fragen an die Podiumsteilnehmer zu richten. Dabei wurde hervorgehoben, dass die gesetzlichen Möglichkeiten für Reha-Maßnahmen zu wenig bekannt seien. Diese sind aber umso wichtiger, da die Verweildauer in Krankenhäusern durch Reha erheblich reduziert wurde. Die Umsetzung der mobilen und ambulanten Maßnahmen ist unterschiedlich in ländlichen und urbanen Räumen. Es sollten deshalb lokal Modelle aufgelegt werden, um die Machbarkeit zu überprüfen.



Landesdelegiertentag der SU Rheinland-Pfalz: Einstimmige Wiederwahl

Kriege, Flüchtlinge in aller Welt – Migration, Integration in Deutschland? Unter diesem Motto stand der Landesdelegiertentag der Senioren-Union am 28. Mai in Wittlich. Welche Antworten gibt die CDU darauf?, war die Frage, die die Delegierten und Gäste in das Jugendheim St. Bernhard in Wittlich führte, um der Rede von Dr. h.c. Johannes Gerster aufmerksam zu folgen. Der ehemalige Landes- und Bundespolitiker arbeitete viele Jahre im Auftrag der Konrad Adenauer Stiftung an der Nahtstelle zwischen Israelis und Palästinensern in Jerusalem und gilt als ausgewiesener Nahostexperte. Auf der Tagesordnung stand zudem die Neuwahl des Landesvorstandes. Hierzu ließ die Landesvorsitzende der Senioren-Union, Helga Hammer (8. v. lks.), zunächst die vergangenen zwei Jahre Revue in ihrem Rechenschaftsbericht passieren. Nach Erteilung der Entlastung für den Landesvorstand stand dann den Neuwahlen nichts mehr im Wege. Helga Hammer wurde einstimmig in ihrem Amt als Landesvorsitzende der Senioren-Union bestätigt. Den geschäftsführenden Landesvorstand bilden die drei Stellvertreter Dr. Fred-Holger Ludwig, Karl-Heinz Totz und Hans Speder sowie der Landesschatzmeister Gerhard Hübel und der Schriftführer Udo Ringel. Den Landesvorstand vervollständigen die 15 Beisitzer: Heinrich Braun, Gerlinde Decker, Ute Dennemark, Karin Giovanella, Daoud Hattab, Walfried Heinz, Helmut Hermen, Martha Kürten, Wolfgang Löhrke, Dieter Lukas, Michael Pirron, Gerhard Seemann, Hubertus Stawik, Richard Welter und Viktor Ziegler. Nach-

dem auch die Delegierten für die Bundesdelegiertenversammlung bestimmt waren, rief Frau Hammer die Mitglieder der Senioren-Union in ihrem Schlusswort zur tatkräftigen Unterstützung von Julia Klöckner im kommenden Landtagswahlkampf auf.

Gemeinsames Lernprojekt „JuleA“: Schüler erhalten NRW-Ehrenamts- zertifikat

19 Schülerinnen und Schüler des Freiherr-vom-Stein-Gymnasium Recklinghausen (FvS) sind in einer Feierstunde für ihr ehrenamtliches Engagement mit dem Ehrenamtszertifikat des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden.

Seit März unterrichteten die Jugendlichen des FvS Mitglieder und Gäste der CDU-Senioren-Union im Rahmen des Projektes „JuleA“ (Jung lehrt Alt). Es handelt sich hierbei um ein generationenübergreifendes Konzept, einerseits als Qualifizierungsprojekt für Schüler und Schülerinnen, und andererseits um ein Weiterbildungsprojekt für Senioren der Generation 60+. Die Schüler der Klassen 8 und 9 übernahmen hierbei die Rolle der „Lehrer“. Auf Seiten der Senioren nahmen 35 Teilnehmer zwischen 54 und 86 Jahren als „Schüler“ teil. Die Junior-Lehrer engagierten sich zusätzlich nach dem regulären Unterricht ehrenamtlich in ihrer Freizeit. Die Jugendlichen gaben ihr Wissen in vorbildlicher Weise praxisorientiert weiter und gingen in besonderem Maße auf die älteren Menschen und ihre speziellen Lernanliegen ein. Unterrichtet wurde in den „Fächern“ Handy, Computer, iPhone, Tablet, Smartphone

AUS DER SENIOREN-UNION



und Englisch. Die kostenlosen Kurse wurden im 1:1-Unterrichtsformat durchgeführt. Bürgermeister Christoph Tesche würdigte in seiner Rede das ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen und die

Wichtigkeit sozialer Kompetenzen. „Als positives Zeichen ist deutlich, dass die gemeinsame Aktion einen Brückenschlag auf gleicher Augenhöhe zwischen Jung und Alt darstellt“, so Rolf Tanski, Stadtverbandsvor-

Feierstunde: Fünf Jahre Partnerschaft feierten kürzlich die Kreisvereinigungen der Senioren-Union Göttingen, Eichsfeld und Werra-Meißner. 2010 hatten die drei Kreisvereinigungen aus Niedersachsen, Thüringen und Hessen ihre bereits vorher bestehenden Kontakte vertieft und zu einer Partnerschaft ausgebaut. Zur Feierstunde im nordhessischen Wanfried konnte die Vorsitzende der einladenden Kreisvereinigung Werra-Meißner, Anita Krüger, die beiden Kreisvorsitzenden Gerhard Winter (Kreisvereinigung Göttingen) und Detmar Strecker (Kreisvereinigung Eichsfeld) sowie den CDU-Kreisvorsitzenden von Werra-Meißner, Franz Hix, den Wanfrieder Bürgermeister Wilhelm Gebhard sowie zahlreiche weitere Gäste begrüßen. Die Festrede hielt der stellvertretende Bundesvorsitzende der Senioren-Union und Vorstandsmitglied der Senioren-Union Hessen, Alfons Gerling.

In seiner Rede bezeichnete Gerling die Partnerschaft über drei Ländergrenzen als „Leuchtturmprojekt“, das in dieser Form erst durch die Überwindung der Teilung Deutschlands ermöglicht wurde. Gleich nach der Wiedervereinigung habe man Kontakte geknüpft, woraus sich eine dauerhafte Zusammenarbeit entwickelte, bis vor fünf Jahren dann eine Vereinbarung mit gemeinsamen Zielen dokumentiert wurde.



sitzender der CDU-Senioren-Union. Die Jugendlichen erwarben mit der Unterrichtserteilung das Ehrenamtszertifikat des Landes Nordrhein-Westfalen, das als besondere Zusatzqualifikation im späteren Ausbildungswesen unterstützend wirken soll. Das Projekt wurde vor sieben Jahren im Sauerland auf der Ebene der Realschulen im Sauerland ins Leben gerufen. Das Freiherr-vom-Stein-Gymnasium Recklinghausen ist das erste Gymnasium in Nordrhein-Westfalen, das „JuleA“ anbietet.

Souverän-Leserumfrage:

Vielen Dank für Ihre Hilfe!

Gleich vorneweg: ein großer Dank an die fast 250 Leser und Leserinnen, die an der Umfrage zur Bewertung der Souverän im letzten Heft teilnahmen und uns mit wertvollen Hinweisen und kritischen Anmerkungen bedachten. Dank auch für die ganz überwiegend geäußerte Zustimmung zu Form und Inhalten der Souverän, sie ist Ansporn für alle Beteiligten am Mitglieder-magazin der Senioren-Union, wichtige politische und gesellschaftliche Themen aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln zu beleuchten. Schließlich wissen Senioren und Seniorinnen aus lebenslanger Erfahrung, dass auch lieb gewordene und verfestigte Meinungen und Standpunkte immer wieder kritisch hinterfragt werden müssen. Das ist das Lebenselixier jeder konstruktiven Diskussion und letztlich auch der Demokratie.

Versprochen: Redaktion und Redaktionskonferenz werden versuchen, in den nächsten Monaten so viele Themen wie eben möglich aus Ihren zahlreichen Anregungen aufzuarbeiten. Dass insbesondere das Thema Migration und Flüchtlingspolitik die Menschen aktuell bewegt, war dabei deutlich aus Ihren Antworten herauszulesen. Erste Aspekte dazu finden deshalb schon in dieser Ausgabe ihren Niederschlag.

Schon eingelöst: Die Reise nach Wien für zwei Personen, die wir unter allen Einsendern verlosen wollten, geht an Dietmar Niehoff aus Mülheim/Ruhr. Herzlichen Glückwunsch!

Die Zukunft der Energieversorgung

Zur Diskussion der Energiewende lud die Senioren-Union des Bezirks Mittelrhein am 25. April 2015 nach Bergheim nahe dem rheinischen Braunkohletagebau ein.

Wie entwickelt sich die Energiewende seit 2011, wo liegt Optimierungspotenzial? Am Vormittag legten die beiden Referenten, Dr. Michael Paul, Referatsleiter und ehemaliger CDU-MdB, und Esther Chrischilles, Diplom-Volkswirtin im Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln, die Grundlagen für die Tagung. Nachmittags referierte Dieter Bischoff, stv. Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU; beendet wurde die Tagung mit einer Podiumsdiskussion, an der als Moderator Martin Schenkelberg, stv. Vorsitzender der CDU Mittelrhein, sowie Esther Chrischilles (IDW), Claudia Hillebrecht (RWE), Dieter Bischoff (MIT) und Dr. Wendelin Wilhelm (stv. Vors. der SU Mittelrhein) teilnahmen.

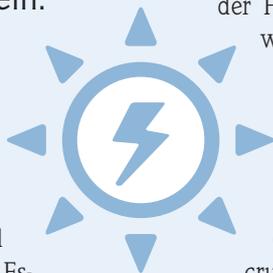
Im Mittelpunkt der deutschen Energiewende steht der Strommarkt. Für den Strommarkt besonders wichtig ist der Umstieg in erneuerbare Energien mit dem Ziel, bis 2020 40 % und bis 2050 mindestens 80 % des Stroms in Deutschland mit Hilfe erneuerbarer Energien zu produzieren. Der bisherige Strom-Mix der Produktion aufgrund erneuerbarer Energien ist außerordentlich kostspielig. Da die meisten erneuerbaren Energien nicht wettbewerbsfähig sind, arbeitet man bei der Energiewende mit hohen Subventionen. Allein die bisher in Deutschland installierten Anlagen für Erneuerbare ziehen bereits Subventionszusagen von 192 Mrd. Euro für künftige Jahre nach sich. Seit 2010 sind die Subventionen für jede kWh Strom von zwei auf sechs Euro-Cent angestiegen, die auf die Verbraucher über den Strompreis abgewälzt werden. Die jährliche Subvention der Erneuerbaren über den Preis beträgt 20 Milliarden Euro.

Diese Subvention der Erneuerbaren wurde

2012 über eine Teilkorrektur in die richtige Richtung bei der Förderung der Fotovoltaik und inzwischen auch bei Windenergie und biologischen Energieträgern vorgenommen, indem z.B. Fördersatzte sinken, wenn der vorgesehene Förderkorridor verlassen wird. Besonders kostenträchtig bei der Förderung von Windenergie erweist sich der notwendige Bau der Stromtrassen von Nord nach Süd.

Wie lässt sich die notwendige Subventionierung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren effizienter organisieren? Hauptcrux der Förderung der Erneuerbaren durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist, dass dieses Gesetz technologie-, regional- sowie größenspezifisch differenziert vorgeht und sich kaum der verfügbaren ökonomischen Instrumente bedient. Immerhin wird erfreulicherweise probeweise seit April 2015 bei Fotovoltaik mit einer inzwischen durchgeführten Ausschreibung der Produktion von 150 MW Strom-Erzeugung begonnen, wobei der Anbieter mit dem geringsten Subventions-

bedarf den Zuschlag erhalten soll. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Weit aus effizienter wäre aber, auf ein vom Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (SVR) empfohlenes Quotenmodell umzustellen, das alle erneuerbaren Energien umfassen würde. In Schweden z.B. wird dieses Modell erfolgreich eingesetzt. Auf ein Quotenmodell umzustellen hieße, alle künftigen Anlagen zur Produktion von Strom aus Erneuerbaren technologie-, regional- und größenneutral zusammenzufassen. Dabei wird jeder Stromerzeuger verpflichtet, für einen jeweils bestimmten Zeitabschnitt einen festgelegten Mindestanteil seiner Stromerzeugung mit Hilfe von Anlagen für erneuerbare Energien zu produzieren oder entsprechende Grünstrom-Zertifikate an der Börse zu erwerben. Die Quote würde jeweils nach Ablauf eines festgelegten Zeitraums erhöht. Die jeweilige Erhöhung richtet sich nach der Zielsetzung für den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung. Die handelbaren Zertifikate würden von anderen Unternehmen auf der Grundlage der Produktion von eigener erneuer-



V.l.n.r.: Martin Schenkelberg, stv. Vors. der CDU Mittelrhein; Dr. Joseph Lütke Entrup, Vors. SU Mittelrhein; Esther Chrischilles, Institut der deutschen Wirtschaft; Siegbert Renner, Stellv. Vors. SU Mittelrhein; Dr. Hildegard Schneider, Vors. FU im Rhein-Sieg-Kreis; Claudia Hillebrecht, RWE; Dr. Michael Paul, Bundesumweltministerium; Dieter Bischoff, stv. MIT-Bundesvorsitzender; Dr. Wendelin Wilhelm, stv. Vors. SU Mittelrhein

barer Energie erlangt und, soweit sie nicht zur Erfüllung eigener gesetzlicher Verpflichtung benötigt werden, an der Börse angeboten.

Deutschland reitet beim Umweltschutz und im Besonderen bei der Energiepolitik voraus, indem es zum Klimaschutz mehr Anstrengungen unternimmt, als im Durchschnitt in der Europäischen Union oder gar weltweit geleistet wird. Dabei ist zu bedenken, dass Deutschland nur ein Prozent der globalen Treibhausgase emittiert und somit selbst sehr hohe Reduktionen von klimaschädlichen Gasen in Deutschland kaum Auswirkungen auf die weltweite Klimaentwicklung haben können. So wuchsen die weltweiten Emissionen von Klimagasen trotz aller Anstrengungen seit 1990 außerordent-

lich stark an, wobei etwa China die Emissionen der USA inzwischen sogar übertrifft. Vorreiten beim Klimaschutz, wie beim Umweltschutz allgemein, ist gesamtwirtschaftlich teuer und kann für Deutschland zu teuer werden, aber auch für den Standort Europa im globalisierten Wettbewerb. Die deutsche Industrie zahlt für Strom 50 % mehr als die französische. Damit „Vorreiten“ nicht zu teuer wird, sind Umfang und Timing nüchtern abzuschätzen. Wenn zumindest die wichtigen Konkurrenten hinreichend schnell „nachreiten“ würden, könnte ein sorgfältig kalkuliertes Vorreiten sogar Vorteile mit sich bringen, vielleicht sogar per Saldo, aber eben nur dann. ■

Dr. Wendelin Wilhelm



zu: „Die Kraft der Vereinigungen, sich auf unterschiedliche Themen zu konzentrieren, macht uns als Gesamtpartei auch Druck, manchmal sehr hilfreichen Druck.“ Mit einem Impulsreferat von Frau Professor Dr. Rump begann der inhaltliche Teil der Veranstaltung. Die Professorin hob dabei hervor, dass die Vereinigungen ein elementarer Bestandteil der CDU seien und dass sie für ihre Themen mit Leidenschaft arbeiten. Nach dem Vortrag konnten die Anwesenden an drei Workshops teilnehmen. Die Ergebnisse dieser Workshops fanden als spezieller Beitrag der Vereinigungen und Sonderorganisationen zwischen Eingang in ein Strategiepapier des Generalsekretärs Dr. Peter Tauber für die CDU-Strukturreform.

Der Generalsekretär ergriff zum Abschluss der Veranstaltung selbst das Wort. Am Ende des Tages bleibe bei allen Debatten die entscheidende Frage: Haben die Menschen in diesem Land das Gefühl, dass sie uns vertrauen können, dass wir wissen, was morgen zu tun ist?“ Gerade das Wirken der Vereinigungen trage zu dieser Vertrauensbildung bei, so Dr. Peter Tauber, weil sie allen gesellschaftlichen Gruppen eine politische Heimat in der Union böten.

Senioren-Union Hamm: Stelen als Lebensretter vor Ort

Auf Initiative der Senioren-Union Hamm wird es in der Stadt an der Lippe schon bald ein erweitertes Notfall-Orientierungssystem geben. Als neue Lebensretter genutzt werden Markierungsstelen, die den Freizeit- und Individualsportlern bisher nur die Richtung auf dem neuen, 170 km langen Freizeitparcours weisen. „Wir haben der Stadt vorgeschlagen, die Stelen nicht nur als Wegweiser, sondern auch als Notfall-Orientierungssystem für die Feuerwehr zu verwenden“, so der Kreisvorsitzende der Senioren-Union Hamm, Lothar Binger. Stadtkämmerer Markus Kreuz, der auch für die Feuerwehr und das Rettungswesen bei der Stadt Hamm verantwortlich ist und den Vorschlag der Senioren-Union gern aufgegriffen hat, ergänzte: „Die einzurichtenden Notfallpunkte sorgen dafür, dass Rettungskräfte schnellstmöglich genaue Positionen ermitteln können. Das spart wertvolle Zeit – und kann im Ernstfall Leben retten.“ In den kommenden Monaten

70 Jahre CDU: Tag der Vereinigungen

In der Jubiläumswoche zur Gründung der CDU trafen sich erstmals alle Vereinigungen und Sonderorganisationen der Union im Berliner Konrad-Adenauer-Haus. In Workshops und bei Podiumsdiskussionen gab es einen regen Austausch unter den rund 350 Mitgliedern und Gästen von Junge Union, Frauen Union, EAK, MIT, CDA, KPV, OMV, RCDS, Schüler Union und natürlich auch der Senioren-Union. Am 26. Juni 1945 forderten die Unterzeichner des Berliner Gründungsaufufes der CDU in einem eindringlichen Appell und „aus heißer Liebe zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte

zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat auf“. 70 Jahre mussten dann ins Land gehen, bevor sich Männer und Frauen aus allen Vereinigungen trafen, um auf bewegte Jahre zurück- und Jahre voller Herausforderungen nach vorn zu blicken.

Die CDU ist die Partei, „die nicht das Nebeneinander, sondern das Miteinander will“, wie die Bundesvorsitzende der Frauen Union, Maria Böhmer, in ihrer Anmoderation betonte. Die CDU will Gegensätze überwinden, statt die Gesellschaft zu spalten, die Interessen verschiedener Gruppen im Sinne des Gemeinwohls zusammenbringen. Mit Blick auf dieses Ziel mache gerade das Zusammenspiel der in den Vereinigungen gebündelten Kräfte die Partei so stark, sagte die Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende Angela Merkel. Und fügte mit einem gutgelaunten Lächeln hin-

AUS DER SENIOREN-UNION



Mitglieder der Senioren-Union Hamm begutachten gemeinsam mit Stadtkämmerer Markus Kreuz (1. v. l.) eine von vielen Steelen, die – mit Markierung durch die Feuerwehr – in das Notfall-Orientierungssystem der Stadt Hamm eingebunden werden sollen.

wird die Feuerwehr Hamm die Steelen mit entsprechenden Markierungen versehen. Diese bestehen aus Zahlen und Codes, die im Falle eines Notrufs automatisch in die Navigationssoftware der Rettungsfahrzeuge eingespielt werden können. „Nicht nur Junge, sondern auch viele Ältere nutzen den neuen Parcours sehr gern. Im Ernstfall kommt es darauf an, bei einem Notruf den genauen Unfallort exakt beschreiben zu können, damit die Einsatzkräfte den Unglücksort schnellstmöglich erreichen. Dies ist bisher vor allem in den ländlichen Außenbereichen oft sehr schwierig“, beschreibt Binger das Problem. Der Vorschlag der Senioren-Union Hamm trägt dazu bei, dass allen, die sich gern in der Natur aufhalten und bewegen, im Ernstfall schneller geholfen werden kann. Außerdem können die Markierungen auf den Steelen das Sicherheitsgefühl der Menschen stärken.

Zukunftsprojekt Industrie 4.0: Senioren und die vierte industrielle Revolution

„Durch das Internet getrieben, wachsen reale und virtuelle Welt zu einem Internet der Dinge zusammen. Das Zukunftsprojekt Industrie 4.0 zielt darauf ab, die deutsche

Industrie in die Lage zu versetzen, für die Zukunft der Produktion gerüstet zu sein. Sie ist gekennzeichnet durch eine starke Individualisierung der Produkte unter den Bedingungen einer hoch flexibilisierten (Großserien-)Produktion. Die Produktion wird mit hochwertigen Dienstleistungen verbunden. Mit intelligenteren Monitoring- und Entscheidungsprozessen sollen Unternehmen und ganze Wertschöpfungsnetzwerke in nahezu Echtzeit gesteuert und optimiert werden können.“ So ist es auf der Internetseite des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu lesen.

Die Plattform Industrie 4.0 ist ein Gemeinschaftsprojekt von Politik, Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und Gewerkschaft. „Industrie 4.0 muss jetzt den Weg in die Praxis finden“, sagte Bundesforschungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka auf der Hannover Messe 2015. Lernen hört nach Schule und Ausbildung oder Studium nicht auf. Lebenslanges Lernen trägt dazu bei, den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. ... Nur so können persönliche Orientierung, gesellschaftliche Teilhabe und Beschäftigungsfähigkeit erhalten und verbessert werden.“ Auszug: www.bmbf.de/de/lebenslangeslernen.php.

Auch die Senioren verändern sich. Die 60jährigen von heute sind gesünder und leistungsfähiger als die vorangegangene Generationen. Die Mitglieder der Senioren-Union sollten sich für eine Veränderung der Wahrnehmung von Senioren in der Partei im Zuge des Reformprozesses einsetzen und auf eine verstärkte Partizipation von Senioren an politischen Entscheidungen hinwirken. Ebenso gilt es z. B. bei der Neugestaltung der Industriegesellschaft durch die Plattform Industrie 4.0 auf altersspezifische Arbeitsplätzen zu bestehen.

Viele ältere Senioren, die durch lebensbegleitendes Lernen mit der digitalen Welt vertraut sind, sehen den Herausforderungen der Zukunft mit Interesse, einer gewissen Neugier oder gesunder Skepsis entgegen. Durch den demografischen Wandel steigt allein die Zahl der Senioren. Die Mitgliederzahl der Senioren-Union steigt aber nur, wenn auch wir uns den Herausforderungen und Veränderungen der Zukunft stellen.

Heidi Exner, Mitglied im SU-Bundesvorstand



Nachruf:

Dr. Norbert Wiggershaus

Im Alter von 74 Jahren verstarb in Freiburg der langjährige stellv. Schatzmeister des Bundesvorstandes der Senioren-Union Deutschlands, Oberst a.D. Dr. Norbert Wiggershaus. In 50 Jahren Mitgliedschaft bei CDU und CDA bekleidete er in seinem Kreisverband, im Bezirksverband Südbaden und letztlich auf Bundesebene als stellv. Schatzmeister im Bundesvorstand der Senioren-Union verschiedene Ämter und Funktionen. Der Europäischen Senioren Union (ESU) gehörte er als Mitglied des Exekutivkomitees an und repräsentierte die Senioren der CDU als Kandidat für die Bundestagswahl. Seine berufliche Laufbahn als Offizier der Bundeswehr war geprägt durch die Forschungsarbeit zur westdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik und zu den internationalen Beziehungen.

Wir werden Dr. Wiggershaus im Kreis- und Bezirksverband, im Landesvorstand Baden-Württemberg und als Mitglied des Bundesvorstandes der Senioren-Union Deutschlands vermissen und gerne an ihn zurückdenken.



Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns:

Senioren-Union der CDU Deutschlands
Leserbriefe
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Zur Souverän 2-2015

Herrn Professor Wulff gilt mein besonderer Dank für seine Leitgedanken in Souverän 2/15. Er trifft einmal wieder den Nagel auf den Kopf. Welche Partei hat so viel für unser Land getan wie die CDU. Die Institution der Parteigründer, aus den Erfahrungen des Krieges eine Partei aus Katholiken und Protestanten zu gründen, hat gute Früchte getragen. Das christliche Menschenbild hat in Zukunft im Mittelpunkt der Parteiarbeit zu stehen.

Dr. Johann Hambeck, 48529 Nordhorn

Griechenland-Krise

Ist Griechenland gedemütigt, weil es die selbst veranstaltete Misere auch verantworten soll? Die Griechen glauben das offenkundig blind. Aber: Den Griechen fehlen Selbstkritik und Realitätsbewusstsein. Tatsache ist: Die Griechen haben sich durch grobe Täuschung ihrer Partner den Eurozugang ertrickst. Auch danach haben sie ihre staatlich kontrollierte Statistik trickreich frisiert. Das war eine Demütigung aller anderen Euro-Partner durch Griechenland. Vergessen oder verleugnen die Griechen das noch heute? Die Griechen verleugnen ihre eigene Politik. Und die hat jedes vernünftige Maß an Schuldenansammlung ignoriert. Den Griechen scheint noch immer diese Handlungsmaxime legitim: Europa zahlt – Griechenland macht sein eigenes Programm. Das wäre wohl eine idealtypische griechische Euro-Demokratie. Ideen in Ehren! Auch die Idee Europa! Ideen sind dem Menschen von der Natur eingepflanzt und lebenswichtig. Aber: Ist der Euro identisch mit der (?) Idee Europa? Ist der Euro wirklich existenziell für ganz Europa? Nein!

Auch Partner ohne Euro leisten für Europa im Ganzen einen ideellen und lebenswichtigen Beitrag! Zum Beispiel Dänemark. Und Dänemark gehört immerhin – wie alle Europartner – zur EU! Dänemark hat aber wohlbegründet und ohne Schaden auf den Euro verzichtet. Außerdem ist Dänemark allseits als EU-Partner hoch geschätzt. Der Euro ist nur eine Geldwährung (!) und damit ein sehr profanes materialistisches Symbol – für eine echte Idee Europa schlicht ungenügend. In der politischen Diskussion über neue Euro-Zuschüsse an Griechenland fehlt eine umfassende Europa-Idee. Noch mehr fehlt in Europa ein existenzieller Realitätssinn! Grob fahrlässig und unverantwortlich gegenüber dem eigenen Volk ist eine Politik, die in aufgerissenen Spenderhosen weltmännisch den unermesslich reichen Wohltäter spielen will, der keine eigenen existenziellen Grenzlinien achten muss. Die Spendenkraft – nicht nur der Spenderwille – innerhalb der Eurozone ist längst ausgereizt. Das signalisieren schon die Schuldensummen und die Schuldenquoten von drei großen Anteilszeichnern des ESM: Die Schuldenquoten in Prozent des BIP sind in Italien ca. 135 %, in Frankreich ca. 95 %, in Deutschland ca. 75 %. Laut Vertrag soll die Schuldenquote aber höchstens 60 % betragen. Wo sollen bei den erreichten Schuldenquoten noch Reserven für sichere Bürgschaftsausfälle stecken? Das ermittelt nicht einmal Adam Riese.

Günter Fluck, 70499 Stuttgart

Ab zum alten Eisen?

Zur Souverän 2-2015, S. 24/25

Bisher hatten wir in Deutschland eine Frauendiskriminierung. Die hat durch die Frauempower ein Ende; Hut ab! Jetzt hat sich in unserer Gesellschaft, auch in der Politik, auch in der CDU, eine Altersdiskriminierung breitgemacht. Ein Beispiel: Die Altersgrenze ist für Schöffen 70 Jahre. In einem Gespräch mit dem Präsidenten der Schöffenvereinigung wurde mir gesagt, das sei eine Kann-Bestimmung, aber keine Muss-Bestimmung. Sie wird aber überall als Muss-Bestimmung angewandt. Das ist einwandfrei eine Altersdiskriminierung. Es kommt noch hinzu, dass viele Kommunen händelringend nach Kandidaten suchen. Ich könnte noch ein dickes Buch an Beispielen bringen. Ich appelliere an alle noch rüstigen Menschen, sich dieser Altersdiskriminierung in unserem Lande entgegenzustellen. Immerhin haben wir ein Wählerpotenzial von 62 % plus. Auch appelliere ich an die führenden Leute der Senioren-Union, sich

entschiedener gegen die Altersdiskriminierung in Deutschland, in der Politik in der CDU zu stemmen.

Karl-Heinz Lang, 59073 Hamm

Vier Einwände gegen die Schwarzmalerei

Zur Souverän 2-2015, S. 16/17

Beim Lesen des Artikels von Prof. Bosbach ist mir fast der Kragen geplatzt. Damit das nicht passiert, möchte ich Ihnen meine Gedanken zu den Thesen des Herrn Prof. Bosbach mitteilen: Er schreibt, dass die Kinderzahl je Frau nicht so wichtig sei, dann müsste es ja Frankreich wirtschaftlich besser gehen als Deutschland. Ebenso stellt er einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftskraft und Kinderzahl her, je weniger Kinder, desto reicher die Volkswirtschaft. Mit Verlaub: Das sind nicht nur dumme Vergleiche, sondern gefährliche noch dazu. Wenn wir nach dem Schema des Professors vorgehen wollten, so müssten wir einfach das Kindergeld, das Elterngeld und alle weiteren Vergünstigungen für Familien abschaffen. Und schon wäre unsere Wirtschaftskraft noch größer, wir alle noch reicher???? Nein, so einfach ist die Welt nicht!! Des Weiteren bezieht er sich auf den Ärztemangel, welchen er komischerweise (wo bitte schön ist seine Quelle?) aufgrund der Demografie diagnostiziert. Bereits im nächsten Argument erwähnt er jedoch, dass wir mehr Studenten haben als je zuvor. Der Korrektheit halber sollte er jedoch auch erwähnen, dass das Verhältnis Studenten-/Auszubildende sich drastisch zugunsten der Hochschul-Ausbildung verschoben hat. Es sind also nicht MEHR junge Leute, es ist nur ein größerer Anteil an Studenten! Insgesamt gesehen ein Artikel, welcher nicht nur verwirrend ist, sondern vielmehr auch noch mit falschen Fakten arbeitet. ... Zum Schluss möchte ich noch anmerken, dass der demografische Wandel bei uns auf dem Lande schon deutlich zu spüren ist: Die Grundschulen sind kaum noch zu halten, die Dörfer veröden, und die Betriebe suchen bereits jetzt Mittel und Wege, um die Arbeitskräfte der Zukunft zu gewinnen. Gern kann Prof. Bosbach sich die Auswirkungen des Wandels ja mal jenseits seines schönen Büros in Remagen anschauen.

Martin Achatzi, 57334 Bad Laasphe

Energiepolitik mit weniger Scheuklappen

Zur Souverän 2-2015, S. 36/37

Sicherlich kann man manchen Argumenten von Prof. Lüdecke zustimmen, in denen er die allseits bekannten Nachteile der nicht-

nuklearen Energieversorgung aufzählt (Umweltbelastung, Wirtschaftlichkeit, Regelbarkeit bei wechselndem Bedarf, Speicherung, ...). Daraus aber abzuleiten, dass neue, noch nicht erprobte Reaktortypen sich hier als Lösung anbieten, entbehrt jeder Grundlage. Selbst wenn bei einigen neuen Kraftwerkstypen theoretisch ein GAU aufgrund der Konzeption nicht eintreten kann, theoretisch sind einige inhärent sicher – ein GAU war nach Aussage der Experten statistisch auch bisher eigentlich unmöglich, so hieß es ja immer –, verschweigt Prof. Lüdecke das allergrößte noch nicht gelöste Problem: Entsorgung der strahlenden Materialien und den Rückbau der Meiler. Es sind ja nicht nur die hochreaktiven Brennstäbe und 10.000 Tonnen mittel- oder wenig kontaminierte Materialien über Jahrhunderte/tausend Jahre sicher zu lagern. Jegliche Kontakte mit Wasser oder Erdreich müssen über diese Zeiträume verhindert werden. Das Problem der Endlagerung ist auch für diese angedachten Reaktortypen nicht gelöst und wird von der betroffenen Bevölkerung auch in Zukunft vehement bekämpft werden. Selbst bei den Fusionsreaktoren, die vielleicht in einem halben Jahrhundert einsatzfähig sein könnten, ist durch Neben-Reaktionen mit angrenzenden Materialien atomaren Abfalls zu rechnen. Die Milliarden an Kosten für die Umlagerung der Asse und weitere Endlager verschweigt er klugerweise. Warum wohl versuchen die Kraftwerksbetreiber die Verantwortung für die Folgelasten ihrer Reaktoren, für die sie viel zu geringe Rückstellungen gebildet haben, an den Staat = Steuerzahler abzutreten? Es sind sicherlich ernste Gründe, die dazu geführt haben, dass in den letzten Jahrzehnten in der ganzen Welt keine neuen Atomreaktoren gebaut worden sind. Weltweit sind zurzeit nur ganz wenige Neubauten in Planung, deren Wirtschaftlichkeit aufgrund der hohen Kapital- und Entsorgungskosten stark angezweifelt wird. Darüber hinaus ist es erstaunlich, dass die Folgen der Nuklearkatastrophen in Tschernobyl und Fukushima so verharmlost werden. Ganze Landstriche sind über Jahrzehnte unbewohnbar geworden. Was dies in einem so dicht bevölkerten Land wie Deutschland bedeuten würde, dürfte jedem klar sein. Neben den unmittelbaren Toten leiden Tausende Menschen an den Folgen erhöhter Strahlenbelastung. Zehntausende Menschen mussten ihre Heimat verlassen. Viele Neuerkrankungen sind in Zukunft für die Arbeiter zu erwarten, die

trotz Dosimeter erhöhter Strahlenbelastung ausgesetzt sind. Bei einer kritischen Bewertung für eine zukunftssichere Energiepolitik dürfen diese Punkte nicht außer Acht gelassen werden.

Paul Breuer, 50354 Hürth

Heimat für alle

Zur Souverän 2-2015, S. 13

In politischen Kreisen werden die Probleme und Schwierigkeiten der Masseneinwanderung nach Deutschland mit dem Begriff „Herausforderung“ abgehandelt. Als Anwohner einer Durchgangsunterkunft für Asylbewerber kann ich die Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Asylbewerbern und Zuwanderern beobachten. Da immer neue Menschen aus anderen Ländern zu uns kommen, müssen die Durchgangsheime so schnell wie möglich freigezogen werden. Wie werden die Städte mit diesen Problemen fertig? Sie mieten Wohnungen an, die auf dem freien Markt nicht vermietbar sind, renovieren sie mit hohem Kostenaufwand und belegen sie mit Asylbewerbern und Zuwanderern. Wie geht es aber weiter, wenn die letzte Schrottimmoblie belegt ist? Was ist dann die Alternative zu Containersiedlungen und Kasernenunterkünften? M.E. bleibt nur übrig, ein riesiges Wohnraumbeschaffungsprogramm in den Städten aufzulegen. Das wird mit großen Opfern verbunden sein. In Städten mit wenig Bauland wird man Grünflächen zu Bauland umwidmen und generell die Bebauung verdichten müssen. Es müssen Investoren gefunden werden, die kostengünstige Wohnungen bauen wollen, und vor allem wird die öffentliche Hand mit Steuermitteln gut ausgestattete Förderungsprogramme auf den Weg bringen müssen. Es ist auch keine Lösung, die Zuwanderer in den fast leeren Gemeinden in Thüringen, in der Rön oder in der Eifel und im Sauerland unterzubringen. Die dortigen Gemeinden haben sich geleert, weil es keine Arbeitsplätze gibt. Früher gab es in diesen Orten Kleinbetriebe, die heute nur noch in geringer Zahl existieren. Eine nennenswerte Landwirtschaft wird kaum noch betrieben. Wenn die Zuwanderer in diesen Gemeinden angesiedelt würden, würde eine Integration über den Arbeitsmarkt nicht stattfinden. Um auf den Begriff „Herausforderung“ zurückzukommen: Ohne ehrliche Bestandsaufnahme und vorausschauende Planung ist Herausforderung eine leere Worthülse.

Wolfgang Trautmann, 44577 Castrop-Rauxel

Griff in die staatliche Trickkiste"

Zur Souverän 1-2015, S. 22

Herr Warneke beschreibt sehr deutlich, wie der Staat klammheimlich abkassiert; in diesem Jahr sollen es mittels Soli demnach ca. 15 Milliarden sein. Eine andere, vielen Bundesbürgern immer noch nicht bewusste Abzocke läuft so ab: Vor 2004 galt noch der Vertrauensschutz. Auch in der Sozialgesetzgebung konnte man auf Treu und Glauben noch vertrauen. Über 8 Mill. Bürger, die nach dem Krieg Deutschland aufgebaut hatten, entschlossen sich, bis heute eine Direktversicherung abzuschließen, denn die damalige Rot/Grüne Regierung plädierte vor 2004 fast täglich für die private Vorsorge, um Altersarmut zu vermeiden. Man sprach von der sog. dritten Säule der Altersversorgung, nämlich der privaten Vorsorge. Dann brachte Rot/Grün das GKV-Modernisierungsgesetz 2004 (§ 229, SGB 5) heraus, so dass bei der Auszahlung der Direktversicherung zum zweiten Mal Kranken- und Pflegeversicherung abkassiert wurde. Alle Verträge, die bis dahin abgeschlossen waren, wurden sogar rückwirkend herangezogen; ein unglaublicher Vertrags- und Vertrauensbruch! Am Ende der Laufzeit wird nun der volle Beitrag (17,7% = Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) von den gesetzlich Versicherten abgefordert, obwohl die Einzahlung aus bereits verbeitragtem Gehalt erfolgte. Damit steht rund ein Viertel des Vorsorgekapitals nicht mehr zur Verfügung. Jedes Sparbuch hätte mehr Ertrag gebracht. Kein Versicherungsunternehmen wurde verpflichtet, ihre Klientel auf die kommenden Abzüge hinzuweisen. Erst am Tag der Auszahlung kommt der Schock.

Über 33 Milliarden hat man bisher so den gesetzlich versicherten vorsorgenden Bürgern abgenommen. Wer so Politik macht, muss sich nicht wundern, wenn die Wahlergebnisse und die Wahlbeteiligung Bände sprechen.

Bei den Grünen ist dieser Diebstahl gleich Ehrlichkeit und soziale Gerechtigkeit. Aber auch die CDU/CSU hatte im Jahre 2003 dem Gesetz zugestimmt, und das in all den Jahren für gut befunden. Die Sozialgerichte werden mit Klagen überhäuft. Eine Petition (48867) befindet sich seit über einem Jahr in Beratung. Die Senioren-Union hat das Thema immer noch nicht für sich entdeckt. Darf der Vorstand sich nicht mehr kritisch bei der Mutterpartei einbringen? Ich kann nur hoffen, dass dies ein Thema auf der nächsten Bundesversammlung der SU werden wird.

Herbert Heins, 21279 Hollenstedt

Initiativen:

Kölner für Berliner Schloss



Benefizkonzert im Altenberger Dom zugunsten des Wiederaufbaus des Berliner Schlosses.

Das größte zurzeit im Bau befindliche Kulturprojekt der Bundesrepublik, der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses zum Humboldtforum und damit zu einem Dialog der Kulturen, benötigt bürgerschaftliches Engagement. So wie beim Wiederauf-

bau der Dresdener Frauenkirche engagiert sich daher auch ein Mitglied der Senioren-Union Rösrath, Arnd Böhme, für diese große Aufgabe. Für die historische Rekonstruktion soll der Förderverein Berliner Schloss e.V. etwa 80 Millionen Euro an Spenden sammeln. Vor diesem Hintergrund konstituierte sich in Köln (wie auch in anderen Orten der Bundesrepublik) ein „Freundeskreis Köln und Bonn im Förderverein Berliner Schloss e.V.“. Der Vorstand wählte zu seinem Sprecher Arnd Böhme aus Rösrath. Als Ziel der Spendensammlung seit 2007 im Köln-Bonner Raum nahm man sich eine gesamte Fensterachse des Schlosses im Wert von ca. 400.000 € vor. Neben der persönlichen Ansprache von Spendern wurden in den letzten Jahren erhebliche Summen durch verschiede-

ne Benefizveranstaltungen zusammengebracht (s. Foto). Weitere kontinuierlich durchgeführte Veranstaltungen sind ein Fund-Raising-Dinner im Kölner Spitzenhotel Excelsior Ernst sowie die „Berliner Abende“ in der Kölner „Villa Boissereé“. Eine besondere Geste der Beteiligung Kölns am Wiederaufbau des Berliner Schlosses ist die Zusammenarbeit mit der ehemaligen Dombaumeisterin Prof. Dr. Barbara Schock-Werner. Auf Bitten des Freundeskreises machte sie es möglich, dass Lehrlinge der Dombauhütte die Balluster der gesponsorten Fensterachse herstellten. Bei der offiziellen Übergabe in der Dombauhütte erklärte sie, „damit einen kleinen Beitrag zum Dank an Preußen und Berlin geleistet zu haben, dafür, dass damals König Friedrich Wilhelm IV. durch die finanzielle Unterstützung Preußens die Domvollendung 1880 möglich machte“. Übrigens: Spenden auf das Konto des Fördervereins Berliner Schloss e.V. (IBAN DE 7810070000077227713). ■

Kulturstandort Deutschland:

In der Schiefelage

Kultur ist eine Trumpfkarte unseres Landes. Immer mehr Menschen aus aller Welt besuchen aus kulturellem Interesse die Bundesrepublik.

Bei der Anzahl der Kulturtouristen hat sich Deutschland auf den zweiten Platz nach Frankreich in Europa „vorgearbeitet“. Unsere über 100 hochklassigen Museen, die Musikfestivals im Sommer, die Theater- und Musikhäuser, aber auch die Vielzahl der UNESCO-Weltkulturerbestätten in unserem Land haben sich zu attraktiven Besuchermagneten entwickelt. Experten rechnen jährlich mit 7 bis 8 Milliarden Euro Einnahmen allein durch ausländische Kulturtouristen. Doch auch unsere eigenen

Mitbürgerinnen und Mitbürger erkennen immer mehr den Wert der „Kulturperlen“. Der Städtetourismus boomt, Musikveranstaltungen aller Art verkünden volle Häuser. Doch der Schein trügt. Zwei Drittel aller Bundesbürger, verkündet das aktuelle Kulturbarometer, haben noch nie eine qualifizierte Kulturveranstaltung besucht, in vielen Bundesländern kürzt man drastisch bei den musisch-kulturellen Unterrichtsfächern, Fachlehrer werden nicht mehr ausgebildet. Doch die eigentliche Axt an die Kultur wird bei der finanziellen Förderung eingesetzt. Während der Bund seine Leistungen für das Kulturland Deutschland Jahr für Jahr steigert, reduzieren die Länder sowie viele Städte und Gemeinden. Durchschnittlich betragen die Ausgaben dieser beiden staatlichen Ebenen gerade einmal

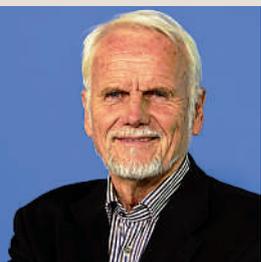
1,9 %. Jetzt soll es noch weiter in den Keller gehen. Unverantwortlich!

Es sind gerade die Senioren, die Leidtragende dieser unrühmlichen Entwicklung sind. Die Preise für

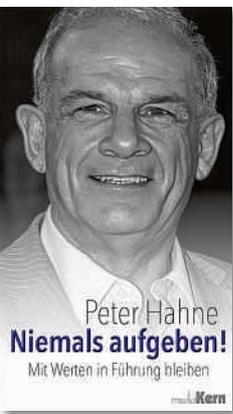
Kulturveranstaltungen steigen, um eine Kompensation der weniger werdenden Förderung zu erreichen. Viele „Kulturtempel“, Büchereien, Museen und Konzerthäuser warten seit Jahren auf eine Erneuerung. Die Entschädigung für die vielen Tausenden ehrenamtlich Tätigen, ob Chorleiter, ob Kulturführerinnen/Kulturführer, bleibt auf der Strecke. Hier, wo sich gerade Ältere beispielhaft einsetzen, werden Aktiven vielerorts Steine in den Weg gelegt. Dieser verhängnisvolle Trend sollte nicht nur gestoppt, sondern umgekehrt werden, weil die Kultur das Fundament unserer Gesellschaft ist. Sie stiftet Orientierung in unserer Zeit der Globalisierung. Kultur stiftet für uns Menschen Sinnhaftigkeit und nationale Identität.

Gerade diese Gesichtspunkte haben mit dazu beigetragen, dass seit der Regierungszeit von Angela Merkel die Bundesregierung ihre Kulturförderung kontinuierlich ausgebaut hat. Beide Kulturstaatsminister, Prof. Dr. h.c. Bernd Neumann wie auch die amtierende Prof. Monika Grütters, vertreten eine offensive und erfolgreiche Kulturpolitik. Ihr Beispiel sollte in den Ländern und Kommunen aufgegriffen und umgesetzt werden.

Doch dabei darf es in der Kulturpolitik nicht bleiben. Sie benötigt mehr Standortsicherheit und Perspektiven. Überlegungen dazu werden folgen. ■



Der Autor: **Wolfgang Börnsen (Bönstrup)** MdB a. D. war langjähriger Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kultur und Medien und ist derzeit Landesvorsitzender der Senioren-Union Schleswig-Holstein sowie stellv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands.



Niemals aufgeben!

Wieder ein echter Hahne! Er gehört ja zum „CDU“, wie er in Talkshows gerne sagt, zum „Club deutlicher Umgangssprache“. Kein Wunder, dass dieses Buch wieder ein Renner ist. „Niemals aufgeben!“ ist weit gefasst, reicht von Persönlichem wie Beruf, Krisen, Krankheiten

bis zu Europa, das „seine Seele wiederfinden muss, denn es geht um mehr als den Euro“. Hahnes Beispiele sind geradezu tagessaktuell, und er schreckt vor keinem Thema zurück, „weil Political Correctness nicht meine Sache ist“. Messerscharf analysiert und kritisiert der beliebte TV-Moderator die fatale Multikulti-Lyrik („die Schwäche des Christentums ist schlimmer als die Stärke des Islams“), den Gender-Wahnsinn, die Abtreibungs- und Sterbehilfe-Praxis oder den Bildungs- und Glaubensnotstand („zwei Seiten derselben Medaille“). Gemäß seinem Credo „Zukunft ist Herkunft“ verweist Peter Hahne überzeugend auf die Grundgesetz-Präambel „In Verantwortung vor Gott und den Menschen“ als Richtschnur für gelingendes Leben und staatliche Kultur. 1948 hat kein Mensch Allah oder Buddha gemeint, sondern den Gott der Zehn Gebote und der Bergpredigt. Provokierend fragt der TV-Mann: „Gehört das Christentum überhaupt noch zu Deutschland?“ Hahne beklagt die mangelnde Strahlkraft der Kirchen und bringt viele aktuelle Beispiele, wie der Glaube Prominenten und Unbekannten Kraft, Halt und Orientierung in auswegloser Lage gegeben hat. Diese Geschichten machen die Stärke des Buches aus, auch die ausführlichen Lebenszeugnisse von Dietrich Bonhoeffer oder Graf von Moltke, der Papste Benedikt XVI. und Franziskus. Hahnes Buch ist Alarmruf und Ermutigung zugleich. Der geringe Preis sollte dazu animieren, es an junge Leute und Zweifler zu verschenken.

Peter Hahne: Niemals aufgeben!, Verlag mediaKern, Friesenheim 2015 (Kawohl-Verlagsgruppe), ISBN 978-3-8429-1005-8, 160 Seiten, € 9,95

Thüringens Weg in die Soziale Marktwirtschaft

Der ehemalige thüringische Wirtschaftsminister Franz Schuster zieht nicht nur eine zeithistorische Bilanz, sondern er bezieht

Stellung! Die Einschätzungen zum Entwicklungsstand der ostdeutschen Wirtschaft sind unterschiedlich, und die Kritik am Aufbau Ost entzündet sich häufig an der Arbeit der Treuhandanstalt – dabei werden die Ursachen und Hintergründe des Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft häufig nicht thematisiert. Die fundierte und faktenreiche Analyse von Franz Schuster weist für Thüringen nach, dass der Weg in die Soziale Marktwirtschaft und die Arbeit der Treuhandanstalt weit erfolgreicher verlief als bisher behauptet und bekannt. Die für Thüringen beschriebenen Entwicklungen, Anstrengungen, Erfolge und auch Misserfolge lassen sich auf die Gesamtheit der jungen ostdeutschen Länder übertragen.

Franz Schuster, Thüringens Weg in die



Soziale Marktwirtschaft, Privatisierung, Sanierung, Aufbau – Eine Bilanz nach 25 Jahren, Böhlau-Verlag, Wien 2015, ISBN 978-3-412-22499-8, 263 S., € 19,90

Der „Schindler“ Hans Calmeyer

Oskar Schindler kennt jeder – nach Steven Spielbergs Kinofilm „Schindlers Liste“. Hans Calmeyer kennen nur wenige. Dabei ist Calmeyer (1903-1972) nach allem, was wir wissen, der erfolgreichste deutsche Widerständler gegen die Judenverfolgung der Nazis. Der Rechtsanwalt, den Israels Holocaust-Forschungszentrum Yad Vashem zu den „Gerechten unter den Völkern“ zählt, war während des Zweiten Weltkriegs an die deutsche Besatzungsverwaltung in den Niederlanden abkommandiert. Dort sollte er helfen, die jüdische Bevölkerung zu registrieren. Dabei war auch über „rassische Zweifelsfälle“ zu entscheiden: „Arier“ oder „Jude“? Was zugleich bedeutete: Rettung oder Deportation.

In ihrer Verzweiflung erfanden Tausende Verfolgte „neue“ Abstammungsgeschichten. Der im Standesregister eingetragene jüdische Vater sei gar nicht der echte. In Wahrheit sei die Mutter mit einem „arischen“ Husarenoffizier intim gewesen. – Calmeyer hätte diese „Zweifelsfälle“ in Den Haag genauso entscheiden müssen

wie die Berliner Nazi-Behörden. Tatsächlich legte er andere Maßstäbe an und versuchte einzelne, aber auch ganze Gruppen vor der Verfolgung zu bewahren.

Packend erzählt Mathias Middelberg die Geschichte des „Rassereferenten“. Wie er nach Den Haag kommt, wie er „seine“ Abstammungsfälle bearbeitet und wie er auch mit sich selbst hadert, weil er nicht alle Anträge positiv entscheiden kann. Als die Zahl der Menschen, die er auf „arisch“ zurückstuft, immer mehr anwächst, argwöhnt die SS, „viele Juden hätten diese Abstammungsverfahren doch nur laufen, um noch länger vor der Deportation geschützt zu sein“. Von „Verdacht auf Abstammungsschwindel“ ist die Rede. In einem Geheimbefehl vom März 1944 ordnet Adolf Eichmann aus der Berliner SS-Zentrale schließlich die Überprüfung der Calmeyer-Akten an. Jetzt wird es ernst ...

Mathias Middelberg, „Wer bin ich, dass ich über Leben und Tod entscheide?“ Hans Calmeyer – „Rassereferent“ in den Niederlanden 1941-1945, Wallstein Verlag Göttingen, ISBN: 978-3-8353-1528-0, € 19,90

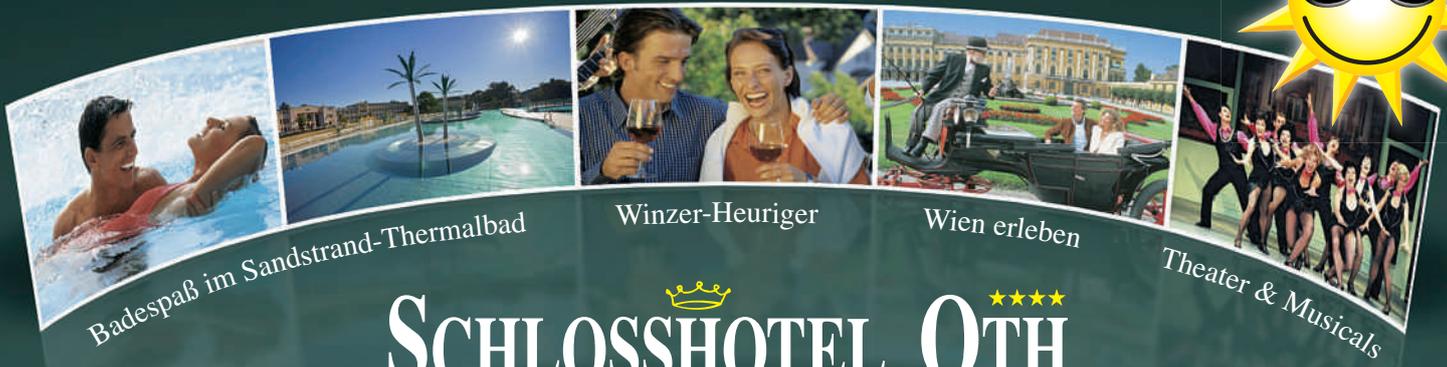
Der Autor dieses packenden Sachbuches ist Dr. Mathias Middelberg. Er ist Rechtsanwalt und Mitglied des Deutschen Bundestages. Dort führt er seit 2014 die Landesgruppe Niedersachsen.



Nächste Buchpräsentation am 30. September 2015, 18.30 Uhr, Commerzbank, Pariser Platz 1, 10117 Berlin mit Mathias Middelberg, Peter Altmaier, Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramts, sowie Jacqueline van Maarsen (Freundin von Anne Frank). – Anmeldungen an: Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Email: info@stiftung-denkmal.de



WIEN erleben - im sonnigen BADEN wohnen!



Badespaß im Sandstrand-Thermalbad

Winzer-Heuriger

Wien erleben

Theater & Musicals

SCHLOSSHOTEL OTH

Wien erleben - in Baden wohnen

Beim Badener Sandstrand-Thermalfreibad, prächtigem Rosenpark & Wien-City-Bus
A-2500 Baden bei Wien, Schlossgasse 23, Tel: 0043 / 2252 / 44 436, Fax 44 900



Freuen Sie sich doch auf SCHLOSSHOTEL OTH in BADEN BEI WIEN- Ihrem idealen Ausgangspunkt für Theater, Konzerte, für schöne Ausflüge zu den berühmten Sehenswürdigkeiten im Wienerwald, Mayerling, Gumpoldskirchen, zum Schloß Schönbrunn, mit dem Donauschiff durch die Wachau, ins Burgenland zum Neusiedler See, in die Alpen, nach Bratislava, Ungarn, Budapest, etc.

Ideal auch für Ihre besondere WIEN-REISE mit Freunden!

Zentral und ruhig im Badener Villenviertel gelegen, nächst einem der prächtigsten Rosenparks Europas mit über 30.000 Rosen und beim imposanten SANDSTRAND-THERMALBAD (täglich freier Eintritt für unsere Gäste!), sowie gemütlich zu Fuß zum Winzer-Heurigen.

Mit dem TAG- und NACHT-EXPRESS-BUS geht´s bequem direkt ab Hotel nach WIEN-Zentrum/Altstadt/Fußgängerzone/Staatsoper und zur Wiener U-Bahn.

SOUVERÄN - Sonderpreis:

Im Doppelzimmer + Balkon, etc, pro Person:

7 NÄCHTE

inkl. Frühstück
bis 11 Uhr

€398,-

Einzelzimmerzuschlag 100,-

**Gleich
Infos
anfordern!**

**Verlangen Sie doch unverbindlich unseren
Hotelprospekt und weitere günstige Angebote!**
Einfach anrufen unter **Tel: 0043 / 2252 / 44 436**
oder per E-Mail an: **hotel@oth.info**

